

BULLETIN N°73 - Oktober 2020

GRUSSWORT DES VORSITZENDEN

Sehr geehrte Mitglieder,

das Jahr 2020 geht zu Ende, aber bedauerlicherweise muss sich die Europäische Union jetzt mit einer zweiten Welle von Coronavirus-Infektionen auseinandersetzen. Neben all ihren negativen Aspekten können wir beim Rückblick auf dieses Jahr feststellen, dass die Europäische Union mit der Unterstützung ihrer Mitgliedstaaten und der erforderlichen wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen ihren Zusammenhalt unter Beweis gestellt hat. Im Mittelpunkt dieser Ausgabe stehen die Folgen der Pandemie und ihre Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft.

Gerade erleben wir vor allem eine Zeit, in der wir uns alle an neue Situationen anpassen und darauf vorbereitet sein müssen, rasch wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Unser Verein hat dies verstanden und daher digitale Aktivitäten gefördert. Die COVID-19-Krise trifft aber nicht nur Europa, sondern muss in einem globalen Kontext betrachtet werden. Dies hat uns veranlasst, ohne lange zu zögern gemeinsam mit ehemaligen Mitgliedern des US-Kongresses und ehemaligen Abgeordneten des neuseeländischen Parlaments ein virtuelles Rundtischgespräch zu dem Thema „COVID-19 – eine globale Diskussion“ zu veranstalten. Die Gesprächsteilnehmer machten eine Bestandsaufnahme, an welchem Punkt die unterschiedlichen Regionen der Welt bei der Bekämpfung der Pandemie derzeit stehen, und es bot sich auch die Gelegenheit, bewährte Verfahren und Gedanken über den vor uns liegenden Weg auszutauschen. Durch die Ausweitung des digitalen Fernunterrichts im Rahmen unseres Programms „EP to Campus“ konnten wir außerdem viele Vorträge ermöglichen und intensive Gespräche mit Studenten an Universitäten in der ganzen Welt führen.

Zum ersten Mal fand unsere Exkursion, die uns diesmal nach Nordmazedonien führen sollte, online statt, und wir konnten auf diesem Wege mit hochrangigen Persönlichkeiten wie dem Parlamentspräsidenten Talat Xhaferi, dem Staatspräsidenten Stevo Pendarovski, dem für europäische Angelegenheiten zuständigen stellvertretenden Ministerpräsidenten Nikola Dimitrov und dem Außenminister Bujar Osmani sprechen. Diese Ausgabe enthält einen vollständigen Bericht über den virtuellen Besuch mit Beiträgen, die von Mitgliedern unserer Delegation und Studenten verfasst wurden.

Der von uns anlässlich des diesjährigen EU-Ratsvorsitzes geplante Besuch in Deutschland führte zu aufschlussreichen Gesprächen, unter anderem mit Wolfgang Schäuble, dem Präsidenten des Deutschen Bundestags, und Norbert Lammert, dem Vorsitzenden der

Konrad-Adenauer-Stiftung. Zahlreiche VEM-Mitglieder beteiligten sich per Fernteilnahme an diesem Besuch und konnten so ihre Überlegungen und Anmerkungen beisteuern. Besonders schätzten wir den offenen und konstruktiven Dialog mit aktiven zivilgesellschaftlichen Organisationen in Deutschland, die ihre Ansichten zur Konferenz zur Zukunft Europas kundtaten.

Zum Abschluss dieses intensiven Herbstprogramms gab es am 9. und 10. Dezember noch zwei weitere virtuelle Veranstaltungen außer der Reihe: eine Diskussion mit Werner Hoyer, dem Präsidenten der Europäischen Investitionsbank, gefolgt von unserem zweiten Webinar mit dem Titel „Gemeinsam für die Zukunft Europas“. Dies war ein fester Bestandteil eines Veranstaltungszyklus, der gemeinsam mit den bedeutenden politischen Stiftungen in Europa und dem Europäischen Hochschulinstitut in Florenz organisiert wurde. Ich danke Ihnen für Ihre rege Teilnahme an diesen Gesprächen und freue mich sehr auf die Fortsetzung unserer Gespräche im Laufe des neuen Jahres.

Gestatten Sie mir ferner, unserem Sekretariat für die Organisation dieser virtuellen Veranstaltungen, die mit großem Engagement in kurzer Zeit auf die Beine gestellt wurden, sowie für die Sicherstellung unserer Sichtbarkeit und eines lebhaften Meinungsaustauschs in den sozialen Medien zu danken.

Ich hoffe sehr, dass wir bald wieder persönlich zusammentreffen können, aber bis dahin wünsche ich Ihnen und Ihrer Familie ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und glückliches neues Jahr 2021.

Bleiben Sie gesund.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Gert Pöttering
Vorsitzender des VEM

AKTUELLE THEMEN

Der 75 Geburtstag der Vereinten Nationen

Der 75. Jahrestag der Vereinten Nationen war als ein Freudenfest geplant. Man hatte erwartet, dass dies die Gelegenheit bieten würde, mit Stolz an die vielen bedeutenden Errungenschaften der Organisation bei der Gestaltung einer besseren Welt für alle zu erinnern und sich gleichzeitig erneut zu den Prinzipien und Werten des Multilateralismus und

zur Charta der Vereinten Nationen zu bekennen sowie einen ehrgeizigen Fahrplan für die kommenden Jahrzehnte zu entwerfen, nach dem Motto „Die Zukunft, wie wir sie uns wünschen, und die Vereinten Nationen, wie wir sie benötigen!“.

Es ist kein Geheimnis, dass der internationalen Zusammenarbeit bereits seit einigen Jahren in der ganzen Welt der Wind ins Gesicht bläst; wachsende nationalistische Strömungen, die zunehmende Bevorzugung von Interessen gegenüber Werten, mangelnde Entschlossenheit, globale Bedrohungen und Herausforderungen gemeinsam anzugehen, sowie der allgemeine Vertrauensverlust von internationalen Institutionen sind zu hervorstechenden Merkmalen der Realität in der Welt von heute geworden. In diesem Zusammenhang wird die derzeitige, in dieser Form noch nie dagewesene COVID-19-Pandemie mit ihren zusätzlichen Schwierigkeiten entweder das Fass zum Überlaufen bringen oder die letzte Chance zur Wiederbelebung der internationalen Zusammenarbeit sein. Werden die Vereinten Nationen in der Lage sein, ihren Ansprüchen gerecht zu werden? Sind sie noch zweckmäßig? Oder besteht ernstlich die Gefahr, dass sie bedeutungslos werden?

Am 21. September 2020 nahm die Generalversammlung der Vereinten Nationen auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs einstimmig eine politische Erklärung an, in der der Weg für die kommenden Jahrzehnte über das gesamte politische Spektrum hinweg umrissen wird, um eine passende gemeinsame Antwort auf die dringendsten Bedürfnisse und Herausforderungen zu finden, mit denen unser Planet konfrontiert ist. Angesichts des schwierigen internationalen Umfelds waren die Einigung über einen Text und seine Annahme nahezu ein Wunder. Die Verhandlungen über Klimaschutzverpflichtungen oder gemeinsam zu vereinbarende Maßnahmen für eine gemeinsame Zukunft verliefen nicht ohne ernsthafte Spannungen, insbesondere zwischen China und den Vereinigten Staaten. Aber es wurde ein Ergebnis erzielt, das für sich selbst spricht. In einer Zeit, in der die Zusammenarbeit äußerst schwierig ist, haben die Mitgliedstaaten schließlich doch erkannt, dass die Zusammenarbeit eigentlich mehr denn je vonnöten ist.

Die Verfasser der Erklärung haben sich die Anliegen und Wünsche der Bürger angehört. In dem Dokument werden die wichtigsten Politikbereiche beleuchtet und vorausschauend politische Lösungen für die sich immer weiter zuspitzende Klimakrise, die zunehmenden geopolitischen Spannungen und die schweren Schäden gefordert, die durch die Pandemie entstanden sind, mit der die Ungleichheiten zugenommen haben und von der die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen besonders hart getroffen wurden. Darüber hinaus enthält das Papier auch nachdrückliche Forderungen nach einer notwendigen Reformierung der Organisation, damit sie mehr Wirkung entfalten kann. Nicht zuletzt wird darin der Generalsekretär ersucht, in den kommenden Monaten und im Zuge weiterer Konsultationen mit allen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren konkrete Empfehlungen vorzulegen, wie diese gemeinsame Agenda vorangetrieben, bestehende Lücken im Bereich der Steuerung geschlossen und Herausforderungen überwunden werden können.

Die laufende Debatte bei den Vereinten Nationen erinnert in hohem Maße an die Diskussionen, die in den vergangenen Jahren auf EU-Ebene und insbesondere im Europäischen Parlament stattgefunden haben. Wie können internationale Institutionen den Bürgerinnen und Bürger, denen sie dienen sollen, nähergebracht und für sie zugänglicher werden? Wie können sie ihnen die hohen Kosten eines Verzichts auf die EU bzw. die Kosten eines Verzichts auf die Vereinten Nationen am besten vermitteln? Zwar dürfen sie die notwendigen internen Reformen nicht aus den Augen verlieren, um bessere, schnellere und effizientere Ergebnisse zu erzielen, aber sie müssen sich auch neu überlegen, wie sie am besten die guten Taten, die sie vollbringen, bekanntmachen können. Die EU und die Vereinten Nationen haben die gleiche Blutgruppe, die gleichen Prinzipien und universellen Werte. Beide haben sich dafür ausgesprochen, die Völker in den Mittelpunkt ihres Handelns zu stellen. Beide sind mehr als die Summe ihrer Mitgliedstaaten. Sowohl für den politischen Mut, der aufgebracht werden muss, als auch für die notwendigen Führungsqualitäten wird dies entscheidend sein. Auf dem Höhepunkt der Pandemie haben die Staats- und Regierungschefs in der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum ersten Mal in der Geschichte eine Woche lang auf höchster Ebene auf digitalem Wege miteinander kommuniziert. Ungeachtet dieser Umstände wurde es das jährliche Treffen mit der höchsten Beteiligung, was beweist, dass die Vereinten Nationen immer noch über die Fähigkeit verfügen, alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen, und dass der Multilateralismus in schwierigen Zeiten wichtiger denn je ist. Die Lehren aus der Pandemie und der Ausweg aus der von ihr verursachten humanitären und Gesundheits- und Wirtschaftskrise sind als einzigartige Gelegenheit für beide Organisationen anzusehen, gemeinsam zu handeln und zu zeigen, wie sich ihre Maßnahmen ergänzen können. Umfragen zeigen, dass sich die Menschen stärkere Vereinte Nationen wünschen und dass die Erwartungen hoch sind. Nach Abschluss der Feierlichkeiten wird es an der Zeit sein, den Worten Taten folgen zu lassen!

Alexandre Gerard Stutzmann

Leitender Berater des Präsidenten der Generalversammlung der Vereinten Staaten

Freies Belarus

In der Vergangenheit hat sich das Europäische Parlament wiederholt mit der Lage in Belarus befasst. Die Entschlüsse des Parlaments zu Belarus zeigten aufgrund der mangelnden Bereitschaft der belarussischen Machthaber zu einem echten Dialog und zur Zusammenarbeit jedoch nur beschränkte Wirkung. Die gegenwärtige Krise ist dagegen von deutlich größerem Ausmaß. Dies ist nicht allein durch die erneuten Exzesse und das missbräuchliche Verhalten der belarussischen Machthaber und die dadurch hervorgerufenen politischen Reaktionen der internationalen Gemeinschaft bedingt. Der wesentliche Unterschied zwischen der derzeitigen Lage und früheren Krisen besteht darin, dass sich die friedlichen Proteste der Belarussen

gegen die Fälschung der Präsidentschaftswahlen vom August 2020 dieses Mal zu einem anhaltenden Massenphänomen entwickelt haben. Das beispiellose Ausmaß der Proteste in Belarus wird zunehmend als Ausdruck eines belarussischen nationalen, sozialen und politischen „Erwachens“ interpretiert. Das Ausmaß dieser Proteste ist außerdem auch ein indirekter Hinweis auf die mangelnde Legitimität der derzeitigen Machthaber.

Angesichts der durch die unmittelbare Nachbarschaft von Belarus und den Ländern der Europäischen Union bedingten gemeinsamen Geschichte und des Kampfes der europäischen Völker für Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie versteht es sich von selbst, dass die Europäer die belarussischen Bürger in ihrer Forderung nach freien und fairen Wahlen unterstützen. Aus europäischer und axiologischer Sicht haben die Belarussen das Recht, ihre Regierung frei und unabhängig zu wählen. Allen Demonstranten in Belarus gebührt Anerkennung für ihren Mut, ihre Entschlossenheit, ihre Konsequenz und ihre Kreativität bei der Ausübung ihres Rechts auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Es soll in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass die in der Charta der Grundrechte verankerten Werte der Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und der staatsbürgerlichen Rechte, die für Europa von zentraler Bedeutung sind, aufgrund ihres universellen Charakters auch für Belarus und seine Bürger gelten.

In der Verfassung Polens, des größten der an Belarus angrenzenden EU-Mitgliedstaaten, heißt es unter anderem, dass die dem Menschen angeborene Würde, sein Recht auf Freiheit und seine Pflicht zur Solidarität mit anderen Menschen zu achten sind. Als eine Organisation mit normativen Bestrebungen beruft sich die Europäische Union gleichermaßen auf diese Werte. Daher sollten sowohl die Mitgliedstaaten als auch die Union selbst den Kampf der belarussischen Bürger um die Achtung ihrer Grundrechte unterstützen. Die Organe der Union können und sollten die Bürgerinnen und Bürger, die europäischen Gemeinschaften und Organisationen dazu auffordern, diese Unterstützung und Solidarität in moralischer und materieller Form zum Ausdruck zu bringen. Es wurden bereits verschiedene Initiativen ergriffen, um dem freien Belarus und den Belarussen echte Unterstützung zukommen zu lassen. Beispielsweise wurde Studenten, die von belarussischen Hochschulen verwiesen wurden, die Möglichkeit eröffnet, ihr Studium an Universitäten in der EU fortzusetzen. Jede Idee zur konkreten Unterstützung unserer Nachbarn in dieser für sie schwierigen Zeit verdient es, gewürdigt zu werden.

Gleichzeitig sollte die internationale Gemeinschaft diplomatische Maßnahmen ergreifen, damit eine politische Lösung gefunden und umgesetzt wird. Ein Teil der Beobachter ist der Ansicht, dass Russland aus geopolitischen Gründen in die Erarbeitung einer dauerhaften Lösung einbezogen werden müsse. Es lohnt sich daher, den Versuch zu unternehmen, die Haltung Russlands zu beeinflussen, da Russland einen erheblichen Einfluss auf die belarussischen Machthaber hat und sie zu einem Politikwechsel veranlassen könnte. Es wird mit Sicherheit nicht einfach sein, Russland in dieser Angelegenheit zu einer konstruktiven Haltung zu bewegen, doch es liegt schon allein im Interesse Belarus, dass wir diese Anstrengung unternehmen.

Unabhängig von den Hilfsmaßnahmen und diplomatischen Bemühungen ist die brutale Reaktion der belarussischen Machthaber auf die demokratischen Proteste nicht hinnehmbar. Die Anwendung von Gewalt und Repressionen gegen friedliche Demonstranten verdient es, verurteilt zu werden. Viele europäische Regierungen und Institutionen haben zu Recht die Freilassung der festgenommenen Personen und ein Ende der Gewalt und Repressionen gefordert sowie die belarussischen Machthaber aufgefordert, einen echten Dialog mit der belarussischen Zivilgesellschaft aufzunehmen. Es liegt auf der Hand, dass das übergeordnete Ziel dieser Gespräche darin bestehen sollte, eine Situation herbeizuführen, in der das Wahlergebnis dem Willen der Wähler entspricht. Die Belarussen haben genauso wie alle anderen Nationen das Recht, dass die Wahlen, an denen sie sich beteiligen, frei und fair ablaufen. Von einem souveränen und demokratischen Belarus träumen nicht nur Belarussen. Der wohlgesonnenen Menschen, die diesen Traum teilen, gibt es mehr. „Es lebe Belarus!“

Filip Kaczmarek

Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu Belarus von 2012 bis 2014

EU-China Wirtschaftsbeziehungen: Einige Anmerkungen

Wenn früher über „Welt“wirtschaftspolitik gesprochen wurde, dann meinte man eigentlich den transatlantischen Handel. Heute jedoch spielt sich die Weltwirtschaftspolitik im Dreieck China – USA – EU ab.

In dieser Konstellation ist der Westen zerstritten: es gibt weder eine abgestimmte Strategie zwischen USA und EU noch ein gemeinsames Vorgehen der EU-Staaten.

Der virtuelle EU-China Gipfel hat deutlich gezeigt, dass Europa eigenständiger und unabhängiger werden muss.

China heute ist eine Diktatur. Die herrschende Partei ist zwar noch dem Namen nach „kommunistisch“, in Wirklichkeit sehr erfolgreich „kapitalistisch“. Aber sie ist eine Diktatur. Sie steht gegen westliche Demokratien im Systemwettbewerb.

Wir haben Werte und Sicherheits-/Zukunftsinteressen, die wir nicht für kurzfristige Gewinne preisgeben dürfen, auch wenn man nicht grob sagen kann „Menschenrechte oder Wirtschaftsbeziehungen“.

Wir streben in der Definition unserer Politik nach einem Gleichgewicht zwischen unseren Werten, die nach wie vor Leitschnur bleiben, und legitimen ökonomischen Interessen. . Wir müssen klar sehen: In China gibt es eine enge Verknüpfung von Staat und Wirtschaft. Der Staat nimmt massiv Einfluss auf fast alle Wirtschaftsprozesse. Dort gibt es ein Planen und Handeln in langen Zeitperspektiven, die viel weiter reichen als der 4-Jahres-Rhythmus unserer Wahlen im Westen. Und es gibt ein sehr unterschiedliches Bild des Zusammenlebens und der

Gesellschaft: Im Westen wird das Individuum mit seinen Rechten betont, in China die Gemeinschaft.

Die Konsequenz: Standards zum Beispiel zur Privatsphäre und zum Datenschutz sind vollkommen anders, ja konträr: Die digitale Überwachung wird in China wie selbstverständlich akzeptiert.

Die Herausforderung besteht auch darin, dass unser hochkomplexes Entscheidungssystem der good governance und des demokratischen Rechtsstaates in direkter Konfrontation und Wettbewerb mit einer Diktatur steht.

Überhaupt sollten wir nach dem Scheitern des „arabischen Frühlings“, der ein Resultat des Versuches war, unsere Form von Demokratie zu exportieren, zu der Erkenntnis kommen, dass es auf anderen Kontinenten durchaus andere Traditionen und Denkweisen gibt.

Chinesische Investitionen sowohl in den USA als auch in der EU sind seit 2016 drastisch zurückgegangen, hat das Peterson Institute for International Economics in Washington gerade festgestellt. Der Hauptgrund sind allerdings nicht westliche Schutzmaßnahmen, sondern eine Verschärfung der chinesischen Vorschriften zum Kapitalabfluss.

Umgekehrt: Die deutsche Solarzellenindustrie möchte schon lange, dass auch Strafzölle gegen chinesische Konkurrenz bei der WTO beantragt werden. Allerdings ist wie immer in der EU die Forderung vielstimmig: Die unterschiedlichen Wirtschaftsbranchen sind dafür oder dagegen und die EU-Kommission muss das allgemeine Interesse – nicht nur das deutsche – berücksichtigen. Das trägt sicher nicht zu schnellen, starken Entscheidungen bei.

In der EU hat das Europäische Parlament 2019 über eine Richtlinie zur „Beobachtung von ausländischen Direktinvestitionen“ abgestimmt, wonach sich die Mitgliedsstaaten regelmäßig mit der EU-Kommission über getätigte Investitionen und Firmenübernahmen von Drittstaaten in ihrem Hoheitsgebiet austauschen sollen. Die Genehmigungshoheit für solche Investitionen/ Firmenübernahmen verbleibt allerdings auf der Ebene der nationalen Regierungen.

Klar ist, dieses kann nur ein Anfang sein.

Wie Wolfgang Ischinger sagt: „die globale Wirtschaft wird immer stärker von geopolitischen Erwägungen bestimmt. Die neue Ära des Wettbewerbs der Großmächte ist auch eine ökonomische Herausforderung. Die EU kann dieser Entwicklung nicht aus dem Wege gehen. Insgesamt kommen bereits 15 Prozent des Weltbruttoinlandsprodukt aus China, Tendenz: stark wachsend. Chinas Wirtschaftsmacht ist so stark, dass Jack Ma, der CEO von Alibaba, Vorschläge macht, die USA und China sollten sich auf gemeinsame Standards der Weltwirtschaft einigen. Die EU spielt für diesen Handelsriesen offenbar keine Rolle...

Höchste Zeit zum Handeln!

Godelieve Quisthoudt- Rowohl

Deutschland, EPP-ED (1989-2019)

gqr@quisthoudt.eu

Corona und der Hunger in der Welt

„Kein Hunger bis 2030!“ lautet seit 2015 eines der Entwicklungsziele der Vereinten Nationen. Das ehrgeizige, aber doch als erreichbar angesehene Ziel wirft nun Zweifel auf angesichts der besorgniserregenden Corona-Pandemie.

Manche Experten fragen sich, ob die wirtschaftlichen Einbrüche leichter zu verkraften wären als einschränkende Abwehrmaßnahmen für die von der Krankheit bedrohten Menschen. Für eine abschließende Bewertung ist es zu früh, aber was sich sicher sagen lässt: Es liegt auch im Eigeninteresse der EU, die armen Länder massiv darin zu unterstützen, Hunger zu überwinden. Die vom Friedensnobelpreis ausgezeichnete Welthungerhilfe ist auf dem richtigen Weg, aber es ist noch viel zu tun um 2030 einen Erfolg feiern zu können.

Seit 2005 gibt es eine messbare Verbesserung der Ernährungssituation in der Welt, wenn auch nicht überall gleich. 690 Millionen Menschen sind unterernährt, 144 Millionen Kinder wegen Mangelernährung wachstumsverzögert, 47 Millionen Kinder leiden an Auszehrung und 5,3 Millionen Kinder haben ihren fünften Geburtstag nicht erlebt. „Hunger,“ so sagt es Simone Pott, Sprecherin der Welthungerhilfe, „ist das größte moralische und ethnische Versagen unserer Generation“. Die Ursachen: Krisen, Konflikte, Armut, Ungleichheit, schlechte Gesundheit und nicht zuletzt die Folgen des Klimawandels und nun auch noch die Corona-Pandemie. Viele haben dadurch ihre Jobs im informellen Sektor oder durch Schließung der Märkte verloren oder waren daran gehindert, ihre Felder ausreichend zu bewirtschaften. Erhebliche Einnahmeausfälle schränken überlebensnotwendige Nahrungsmittelimporte bedenklich ein. Am wenigsten Fortschritte gibt es in den Ländern Afrikas südlich der Sahara und in Südasien. Hoffnungslos ist das nicht, wie positive Beispiele zeigen.

Enorme Verbesserungen haben sich in Angola, Äthiopien und Sierra Leone nach Überwindung von Bürgerkriegen und militärischen Konflikten ergeben. In Kamerun hat sich die Wirtschaftsleistung von 2000 bis 2018 von 650 US-Dollar auf 1534 US-Dollar mehr als verdoppelt. Ein großer Schritt nach vorn, gelang in Asien Nepal, wo durch gezielte Investitionen die Armut deutlich gesenkt und das Gesundheitssystem so verbessert werden konnte, dass z.B. die Kindersterblichkeit bemerkenswert sank. Das Europäische Parlament kann und muss Sorge dafür tragen, dass der insgesamt positive Trend fortgesetzt wird, dass den ärmsten Ländern vorrangig geholfen wird und dass Corona-Verluste bewältigt werden können. Zweckgebundene Mittel können durchaus sinnvoll sein aber europäische Förderung nahezu ausschließlich an vorgegebene Zwecke zu binden, kann situationsnotwendige Verwendung einschränken oder behindern. 2030 sollte es ein großes Fest in Brüssel geben können mit der Botschaft: Kein Hunger mehr in der Welt!

Karin Junker

Germany, S&D (1989-2004)

karin.junker@t-online.de

„Europäischer Wiederaufbauplan und Link zum EU Green Deal“

Die Corona-Pandemie hinterlässt tiefe Spuren in Wirtschaft und Gesellschaft. Um die entstandenen Schäden zu beheben, Aufschwung und Beschäftigung anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schützen, hat die Europäische Kommission einen umfassenden Europäischen Aufbauplan vorgeschlagen. Damit will sie Europa aus der Krise und den Weg für eine moderne und nachhaltigere Union ebnen. Im Interesse einer wirksamen Reaktion auf die Coronakrise setzt die EU-Kommission auf eine Reihe von Instrumenten, unter anderem die Unterstützung von Investitionen, Schlüsselsektoren und -technologien, strategisch wichtiger Programme zur Bewältigung künftiger Krisen oder Investitionen in wichtige Wertschöpfungsketten.

Generell ist der Wiederaufbauplan ein sehr wichtiger Schritt für die Europäische Union und die europäischen Bürgerinnen und Bürger, denn Europa muss in dieser schwierigen Phase handlungsfähig sein. Es ist wichtig, dass Europa starken Zusammenhalt zeigt und dabei müssen sich insbesondere die Mitgliedstaaten gegenseitig unterstützen. Doch die Finanzierung des Wiederaufbauplans stellt uns auch vor eine große Herausforderung. Daher hat sich das Europäische Parlament im Juli mit seiner Resolution mit überwältigender Mehrheit dafür ausgesprochen, den Wiederaufbauplan durch Eigenmittel der Europäischen Union zu finanzieren. In der Tat sind die 750 Milliarden Euro, die jetzt als großer Fortschritt für Europa gepriesen werden, notwendig, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise abzufedern und den Klimaschutz weiter voranzubringen. Denn die Finanzmittel werden dort eingesetzt, wo sie am meisten bewirken können, indem sie die grundlegende Arbeit in den Mitgliedstaaten ergänzen und verstärken.

Die Krise hat deutlich gemacht, wie wichtig es ist, dass die Union rasch und flexibel handeln kann, um eine koordinierte europäische Reaktion zu ermöglichen. Doch diese Milliardensumme bedeutet für die nächste Generation zunächst einmal einen Haufen Schulden. Die Frage bleibt also bestehen, wie die nächste Generation oder gar Generationen diese Schulden zurückzahlen sollen. Denn es gibt keinen realistischen Rückzahlplan ohne Eigenmittel der Europäischen Union. Wir dürfen der jungen Generation nicht nur hohe Schulden überlassen, sondern die Investitionen müssen in eine zukunftsorientierte Infrastruktur gehen, das heißt vor allem in Digitalisierung und Klimaschutz. Wenn wir den Emissionshandel ausweiten, z.B. auf den Schiffsverkehr, den Straßenverkehr und den Gebäudesektor, stehen Mittel für die Rückzahlung der Schulden aus dem Europäischen Aufbauplan zur Verfügung. Zusätzlich würden wir dann im Interesse der jungen Generation handeln, weil klimafreundliches Wirtschaften dadurch belohnt würde. Auf diese Art und Weise würden unsere Kinder und Enkelkinder eine moderne, klimafreundliche und nachhaltige Infrastruktur erben. Die aktuelle Corona-Pandemie sollte den Kampf gegen den Klimawandel nicht weniger wichtig erscheinen lassen, sondern vielmehr als wichtiges Signal dienen, jetzt erst Recht Maßnahmen für den Klimaschutz zu ergreifen. Der Klimawandel schreitet ungeachtet der Gesundheitskrise weiter voran und lässt sich nur noch durch unsere Generation eingrenzen. Denn wenn wir den Sprung jetzt nicht schaffen, werden die Kipppunkte wie etwa das Auftauen der Permafrostböden dazu führen, dass die zukünftigen

Generationen gegen die Eigendynamik des Klimawandels nichts mehr unternehmen können. Es ist keine Frage, ob wir das schaffen können, sondern wie. Und da bietet der Wiederaufbauplan eine wichtige Gelegenheit.

Peter Liese MEP

Member of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety
peter.liese-office@europarl.europa.eu

Corona und wir

Seit Monaten leben wir weltweit in einer sehr ungewöhnlichen Zeit. Ein kleines Virus hat uns deutlich vor Augen geführt, wie vernetzt, voneinander abhängig und wie vulnerabel wir sind. Nur eines war sicher: unsere Unsicherheit. Dennoch mussten sehr schnell politische Entscheidungen von großer Tragweite und moralischem Gewicht getroffen werden. Wer schützt sein eigenes Land am besten- oder auch nicht? Nationales Denken hatte Vorrang. Die spontanen Grenzschließungen gehören zu den unrühmlichen Entscheidungen. In meinem Heimatland Sachsen mit einer 600 km langen Grenze zu Tschechien und Polen wurde die Aussetzung des Schengen-Abkommens zu einer schmerzlichen Erfahrung, die wiederum den unmittelbar betroffenen Pendlern und Anwohnern viel abverlangte und ihnen das bisherige positiv erlebte Zusammenwachsen in der Region deutlicher denn je erfahrbar machte. Das Virus anerkennt keine nationalstaatlichen Grenzen, ist aber bei regionalem Denken durchaus beherrschbar. Daraus haben viele Mitgliedsländer gelernt und das ist gut so.

Die Auffassungen gehen auseinander, ob „Lock down versus Laisser-faire „ und damit die Einschränkung von Freiheit besser ist als „Leben gegen Leben“, also die Frage, ob der Schutz von Leben der einen zu starken Einfluss nimmt auf die wirtschaftliche Grundlage zur Existenzsicherung der anderen. Da sind Kompromisse vonnöten.

Ich bin froh, dass es bisher in Deutschland gelungen ist, klar zu vermitteln, dass Freiheit und Sicherheit zum Schutz von Leben und wirtschaftlichen Überleben zusammen gedacht werden müssen. Nicht einen Jeden hat diese Botschaft erreicht. Selbst erwählte „Propheten“ kündigen Untergangs-Szenarien an, ohne jedoch eine wirklich gesellschaftliche Resonanz zu erreichen. Das ist gut so.

Mehr gemeinschaftliches Handeln wünsche ich mir von der europäischen Ebene. Kooperation statt Konkurrenz. Sicherheit entsteht durch Zusammenarbeit. Die Fähigkeit zu kooperativen und multilateralen Handeln ist entscheidend. Das findet seinen Ausdruck in der „Wiederaufbau-Agenda“. Mit dieser kommen wir aber an den entscheidenden Punkt, wie wir die finanziellen Mittel nutzen, um unsere Zukunft zu gestalten. Diese duldet keinen Aufschub angesichts schmelzender Pole oder brennender Wälder in Kalifornien, dem Abholzen der Regenwälder in Brasilien und Unwetter in Frankreich und Italien. Die vermeintlichen Freiheitseinschränkungen durch die Corona-Pandemie könnten vergleichsweise harmlos sein

angesichts von Zukunftsszenarien als Folge der Klimakrise. Die Pandemie hat der Natur eine Verschnaufpause gegönnt vor Überlastung, Raubbau, Ungerechtigkeit und Habgier. Kehren wir jetzt schnell wieder zurück zum business as usual, zum „normalen“ Leben? Wie nachhaltig, stabil, sicher, sozial gerecht und lebenswert unsere Zukunft ist, das entscheidet sich jetzt! Schaffen wir es, zumindest in den Mitgliedsstaaten der EU, mit einer wirklichen ökologischen Transformation die Wirtschaft umzugestalten? Weg von klimaschädlicher Produktion, von der überbordenden Ausnutzung natürlicher Ressourcen, von globaler Ungerechtigkeit und ungleich verteilter Chancen mit der sich weiter öffnenden Schere zwischen Arm und Reich? Europa könnte und kann eine Vorreiterrolle in der Welt spielen. Das ist angesichts der geopolitischen Situation, insbesondere durch das nicht kalkulierbare Handeln des derzeitigen amerikanischen Präsidenten und der ideologisch festgefahrenen Politik chinesischer Autokraten von ausschlaggebender Bedeutung.

Natürlich kann die Europäische Union die Herausforderungen der jetzigen und möglichen zukünftigen Krisen nicht alleine angehen - aber wenn nicht wir, wer dann? Es wird auf uns ankommen, ob wir willens sind, unsere freiheitliche Demokratie und unsere ökologische Überlebensfähigkeit zu verteidigen. Wir sind es unseren Kindern und Enkeln schlicht weg schuldig.

Gisela Kallenbach

Germany, Greens/EFA (2004-2009)

gisela_kallenbach@yahoo.com

PLÄDOYER FÜR EINEN „EUROPÄISCHEN RAUM DER BERUFSBILDUNG“

In einer Zeit der rasant fortschreitenden Digitalisierung und der Globalisierung unserer Volkswirtschaften ist Fachwissen ausschlaggebend für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Für repetitive Aufgaben hat man bereits Lösungen aus dem Bereich der Automatisierung und Robotertechnik gefunden. Die künstliche Intelligenz führt zu einer tiefgreifenden Veränderung der Berufe – einige verschwinden, während gleichzeitig neue Berufe entstehen, und wir wissen heute bislang nicht, wie die Bilanz dieses Wandels am Ende aussehen wird. Fortschrittliche Technologien verbreiten sich überall in der Welt mit hoher Geschwindigkeit und verändern die Arbeitswelt. Daher wird der wirtschaftliche Wettbewerb zwischen den Regionen der Welt, zwischen Staaten und zwischen Unternehmen immer mehr über die Fähigkeiten, Fertigkeiten und Talente der Menschen ausgetragen.

Der pädagogische Wert der dualen Ausbildung, bei der praktische Erfahrungen im Betrieb fester Bestandteil der Ausbildung sind, hat sich seit langem bewährt. In der Lehrlingsausbildung werden junge Menschen nicht nur in einem Beruf, sondern auch in der Ausübung dieses Berufs ausgebildet. Die Länder Europas, die auf die Lehrlingsausbildung setzen, verzeichnen die besten Werte der Beschäftigungsfähigkeit ihrer jungen Menschen.

Die Internationalisierung der Lehrlingsausbildung bedeutet also, junge Menschen zu motivieren, sich auf diesem Weg zusätzlich herausragende Kenntnisse einer Fremdsprache anzueignen. Auszubildende mit mehrmonatiger Erfahrung in einem anderen Land können sich in ihrem Berufsleben zweifelsohne besser weiterentwickeln.

Deshalb habe ich im Jahr 2015 zusammen mit zehn Kollegen im Europäischen Parlament ein Pilotprojekt in die Wege geleitet, um die Einführung eines längerfristigen Auslandsaufenthalts (von mindestens drei, idealerweise sechs Monaten) in der Lehrlingsausbildung zu testen. Von 2016 bis 2019 haben sich 80 Berufsbildungszentren in 18 Mitgliedstaaten an diesem Pilotprojekt beteiligt. Die Europäische Kommission hat uns mit 400 Mio. EUR für diese neue Initiative namens „ErasmusPro“ wirksam unterstützt. Einige Hundert Auszubildende, die an diesem Programm teilnehmen konnten, haben sich anschließend positiv darüber geäußert und bestätigt, dass durch die Verbindung der beruflichen Bildung mit einem Auslandsaufenthalt hervorragende Ergebnisse erzielt werden können. Bislang war die Zahl dieser Vorreiter eher gering, da dabei noch viele Hürden und Barrieren überwunden werden müssen. Wir haben diese Hürden alle aufgelistet und bewertet; sie sind rechtlicher, finanzieller, akademischer, sprachlicher und psychologischer Natur, und Anfang des Jahres ist eine weitere Einschränkung aufgrund der Gesundheitslage hinzugekommen. Die Auswirkungen der Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie sind nicht zu unterschätzen, zumal die EU nicht in der Lage war, sich auf ein gemeinsames Handeln zu verständigen. Sie erschweren die Mobilitätsbemühungen, machen sie jedoch nicht undurchführbar. Bis der ersehnte Impfstoff da ist, müssen wir lernen, mit dem Coronavirus zu leben. Dies ist sowohl für unsere Wirtschaftstätigkeit als auch für die allgemeine und berufliche Bildung von entscheidender Bedeutung. Wir sollten daher nicht auf bessere Tage warten, was die Beförderung der Mobilität von Auszubildenden und Praktikanten in der beruflichen Bildung angeht. Durch das Einhalten von Anstandsregeln können die Gesundheitsrisiken in Grenzen gehalten werden.

Nach meinem Ausscheiden aus dem Europäischen Parlament habe ich die Stiftung „Euro App Mobility“ gegründet, deren Ziel es ist, die Erfahrungen aus der vergangenen Wahlperiode in Bezug auf die Mobilität zu nutzen. Wir sind dazu da, den Akteuren der beruflichen Bildung zuzuhören und sie zu unterstützen. Unsere Maßnahmen müssen sowohl auf nationaler Ebene als auch in Bildungseinrichtungen, Unternehmen und Behörden weiter ausgebaut werden. Was die Rechtsvorschriften, die Modalitäten für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Fertigkeiten bei der Ausstellung von Abschlusszeugnissen, die Lehrinhalte und den gegenseitigen Austausch betrifft, so müssen all diese Bereiche zusammengeführt und einander angeglichen werden. Um dies zu erleichtern, haben wir eine Plattform für Mobilitätsangebote und -gesuche geschaffen. Zur Unterstützung sollten Partnerschaften zwischen Berufsbildungszentren in verschiedenen Ländern gefördert werden. Der EU stehen Instrumente und Mittel wie das Programm Erasmus+, der Regionale Entwicklungsfonds und der Europäische Sozialfonds zur Verfügung. Die potenziellen Begünstigten benötigen Informationen und Unterstützung, damit sie die Regeln besser kennenlernen und sich zu eigen machen können.

Der Binnenmarkt lädt zur Mobilität und den Austausch bewährter Verfahren ein. Unser Ziel ist es, den europäischen Raum der Berufsbildung mithilfe eines europäischen Ausbildungsstatuts Wirklichkeit werden zu lassen.

Jean Arthuis

France, ALDE (2014-2019)

j.arthuis@wanadoo.fr

Lieben Sie Fisch?

(frei nach Françoise Sagan, Autorin (1935 - 2004))

Der globale Fischkonsum stieg in der vergangenen Jahren [nach Angaben der Welternährungsorganisation der] Vereinten Nationen FAO kontinuierlich an.

Noch nie wurde in aller Welt so viel Fisch gegessen. Mehr Menschen denn je – zehn bis 12 Prozent der Weltbevölkerung – hängen zudem von der Fischwirtschaft ab. Die Zunahme der Weltbevölkerung, teilweise höhere Einkommen, aber auch bessere Verteilungskanäle erhöhen die Fisch-Nachfrage.

80 Mio. Tonnen Fisch werden p.a. gefischt. Die Aufzucht und Produktion durch Aquakulturen stieg auf die Rekordmenge von mehr als 90 Mio. Tonnen an.

Ein erklärtes Ziel des World Wide Fund for Nature (WWF) ist der Schutz der Umwelt, einschließlich der Meere, Ressourcenschonung, Erhalt des gesunden und die Resilienz-fördernden Nahrungsmittels Fisch sowie der Erhalt der Arbeitsplätze.

Biologisch zertifizierter Fisch mit dem MSC-Siegel (Marine Stewardship Council) steht für verantwortungsvolle Fischerei mit dem Ziel des höchstmöglichen Dauerertrags (sustainable fishery) und ist auch Grundlage der GFP, der Gemeinsamen Europäischen Fischereipolitik. (EU Kommission: Leitlinien für 2021).

Dazu der für Umwelt, Meere und Fischerei zuständige Kommissar Virginijus Sinkevicius: Der Fischereisektor stand schon immer vor großen Herausforderungen, doch diesmal erschwert durch die dramatische Corona-Pandemie. Aber wir haben den Sektor EU-weit unterstützt: Eine nachhaltige Fischerei ist auch Teil des angestrebten Green Deal der EU – und unverzichtbar.

Das bestätigt auch Michael Ditzer (MD), [deutscher] Fischhändler und Vorsitzender der Fischwirtschaftlichen Vereinigung Cuxhaven e.V.

BL:

Corona hat zu tiefgreifenden Veränderungen bei uns geführt.

MD:

Ja, es gibt Betriebsteile wie das Fischereieinzelhandelsgeschäft, die sogar weniger stark von der Pandemie betroffen sind. Dort haben wir eine deutlich größere Auswahl an frischen Fischen sowohl preislich als auch qualitätsmäßig einkaufen können, da der europäische Wettbewerb fehlte.

BL:

Der private Kunde freut sich.

MD:

Aber gleichzeitig sind im Großhandelsbereich gravierende Einschnitte mit langfristiger Auswirkung zu verzeichnen. Die Zulieferungen an den Wiederverkäufer sind ins Stocken geraten. Altbewährte Vertriebskanäle urplötzlich weggebrochen. Der Welthandel weitgehend zum Erliegen gekommen.

Als Fischfachgeschäft bin ich Speziallieferant für Restaurants, Kantinen, Kindergärten und Hotels. Hier sehe ich die Zukunft weiterhin deutlich im roten Bereich und erwarte auch keine rasche Erholung auf Vor-Corona-Niveau: Deren Schließung, einschließlich meines eigenen Restaurants, bedroht meiner Existenz.

Hinzukommt:

Nach wochenlanger Schließzeit ist es unter neuen Öffnungsbedingungen ein totaler Neuanfang mit allen damit verbundenen Schwierigkeiten.

Es fehlen auch die großen Messen wie die Seafood-Messe in Brüssel; nun verschoben auf 2021. Messen sind wichtige Wirtschaftsfaktoren, gerade für mittelständische Seafood-Unternehmen, die wie wir dort persönliche Kontakte zu ihren Kunden aufbauen.

BL:

Die Zukunft?

MD:

Die unübersehbaren und deutlich spürbaren Herausforderungen nehmen meine Mitarbeiter und ich an. Ich bin von Herzen ein Unternehmer.

Wir konzentrieren uns zudem auf ein weiteres Bein, unseren Online-shop! Dessen Bedeutung Corona gestärkt hat.

Die Zukunft?

Die Unsicherheit über die Situation ist allgegenwärtig und führt zu vermehrten Einschränkungen in der kompletten Lieferkette.

Dies ist kein persönliches Problem, weil wir eventuell unfähig sind oder nicht vorgesorgt haben. Es ist zumindest ein EU-Problem – leider durch den Brexit Ende d.J. noch extrem verstärkt. Wir setzen als Verbände und Einzelhändler einschließlich der Verbraucher auf die Einsicht und Durchsetzungskraft der Politiker, alles zu tun, um die Fischereibranche am Leben zu erhalten.

Ohne funktionierende Mechanismen ist unsere – traditionell von der Rendite nicht verwöhnte – Branche auf einem deutlichen Abwärtstrend.

Viele von uns angeschobene Projekte sind zum Stillstand gekommen oder mussten gestoppt werden.

Ein steiniger Weg liegt weiter vor uns. Wir bauen auf die EU.

Brigitte Langenhagen

Germany, EPP-ED (1990-2004)

brigitte-langenhagen-cux@t-online.de

FMA Online Aktivitäten

Virtuelle Studienreise nach Nord Mazedonien

FMA GSVP und Brexit

Die virtuelle Studienreise der Former Members Association nach Nordmakedonien war für mich eine erstmalige Erfahrung. Im Zeichen von Corona hatte ich zwar schon zuvor an Konferenzen „online“ teilgenommen, aber für mich war es die erste Studienreise dieser Art mit einem umfangreichen Programm einschließlich des Besuchs eines Museums.

Unsere Gesprächspartner befanden sich in Skopje; Hans-Gert Pöttering, der die Delegation leitete, in Brüssel; die übrigen Teilnehmer, darunter mehrere Teilnehmer aus dem Vereinigten Königreich, im *homeoffice* quer durch Europa.

Im Gegensatz zu realen Delegationsreisen dieser Art entfielen die Transporte zwischen den verschiedenen Ministerien, sodass in relativ kurzer Zeit zahlreiche Gespräche abgewickelt

werden konnten. So konnten wir unter anderen mit dem Präsidenten Stevo Pendarovski, dem Außenminister Bujar Osmani und weiteren Vertretern des Parlaments und der Zivilgesellschaft sprechen. Dazu kam eine Diskussion mit Studenten der Universität von Skopje.

Ein zentrales Thema der Diskussionen war die Frage, wie es nach dem Brexit weitergehen soll. Dabei sorgte die Tatsache für besonderes Interesse, dass Präsident Pendarovski eine Doktorarbeit über die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik verfasst hat. Zum gleichen Thema hatte ich ein Buch herausgegeben, das auch einen Beitrag von Hans- Gert Pöttering enthält. Daraus ergab sich eine Debatte über die Europäische Verteidigung und den Brexit, die derzeit eine besondere Aktualität hat. Die folgenden Zeilen sind mein Beitrag zu dieser Debatte:

Bisher ist das Vereinigte Königreich bei dem Projekt einer autonomen Sicherheits- und Verteidigungspolitik Europas in erster Linie als Bremser in Erscheinung getreten. In den Beratungen des Unterausschusses Verteidigung des Europäischen Parlaments, der im Jahre 2004 gegründet wurde, hat mein damaliger Kollege Geoffrey van Orden als sicherheitspolitischer Sprecher der Tories immer wieder die Meinung vertreten, die Entwicklung einer autonomen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sei schädlich und führe nur zu unnötigen Duplikationen.

Besonders deutlich wurde der Widerstand des Vereinigten Königreiches bei der Entwicklung der Europäischen Verteidigungsagentur, die aufgebaut wurde, um die Aktivitäten der Mitgliedsländer im Bereich der Beschaffung und der Verteidigungsforschung zu koordinieren.

Man könnte jetzt erwarten, dass mit dem Weggang der Briten ein wesentliches Hindernis für die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik weggefallen sei. Bisher ist aber davon nichts zu sehen.

Wenn man die derzeitigen Prioritäten und die Situation der Europäischen Union richtig einschätzt, sind zurzeit im Bereich der Verteidigung nur kleine Schritte möglich.

Ein möglicher Schritt auf diesem Wege wäre der weitere Ausbau der Europäischen Verteidigungsagentur, die 2004 gegründet wurde, um die Verteidigungsfähigkeit, die gemeinsame Beschaffung und die gemeinsame Forschung zu fördern.

Präsident Trump entwickelt derzeit starken Druck auf die Mitglieder der NATO, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen. Hier sehe ich die Gefahr zahlreicher Duplikationen – nicht die von Duplikationen von NATO und EU, sondern unnötige Duplikationen zwischen den 27 Mitgliedsländern, die entstehen, wenn jedes dieser Länder ohne Abstimmung mit den europäischen Nachbarn handelt. Die Agentur muss dazu beitragen, dass ein Europäischer Binnenmarkt im Bereich der Verteidigung entsteht und dass die Mittel des neu geschaffenen Verteidigungsfonds sinnvoll verwendet werden. Wenn die

Verteidigungsagentur dazu in der Lage sein soll diese Aufgabe wahrzunehmen, müssen ihre Mittel verstärkt werden.

In der Diskussion über den Brexit gab es Stimmen aus Großbritannien, die plötzlich ein gesteigertes Interesse an einer Beteiligung an der Europäischen Verteidigungsagentur erkennen ließen. Dagegen spricht jedoch die Tatsache, dass das Vereinigte Königreich in der Tradition seiner Außenpolitik keinerlei Interesse daran haben wird, daß nach dem Brexit auf dem Kontinent eine handlungsfähige Einheit entsteht.

Nigel Farage, einer der Architekten des Brexit, hat dieses Ziel mit schöner Offenheit formuliert: „After Brexit“- sagte er in einem Gespräch mit Michel Barnier- „the European Union will no longer exist“. Das ist zwar in dieser Klarheit nicht die derzeitige Rhetorik von Boris Johnson, entspricht aber der Quintessenz der englischen Außenpolitik der vergangenen vier Jahrhunderte, wonach Großbritannien permanente Interessen hat aber keine permanenten Verbündeten.

Die Europäische Verteidigungsagentur und die anderen Institutionen der ESVP sind nur sinnvoll als Instrumente einer umfassenden Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Nach dem Brexit ist das die Union der 27. Daher wird es nicht möglich und sinnvoll sein, Großbritannien nach dem Brexit einen Sonderstatus in den Entscheidungsgremien der GSVP einzuräumen.

Karl von Wogau

Germany, EPP-ED (1979-2004)

kwogau@aol.com

NORDMAZEDONIEN IM HERZEN DES BALKANS

Nach dreißigjährigem Streit verständigten sich die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Griechenland mit dem Prespa-Abkommen darauf, dass der Name in „NORDMAZEDONIEN“ geändert werden sollte. Es sah so aus, als sei dies die letzte Vorbedingung für Verhandlungen über einen Beitritt zur EU. Vor Kurzem jedoch stoppte Bulgarien Nordmazedonien aufgrund seines Widerspruchs gegen die mazedonische Sprache und seiner Nichtanerkennung einer mazedonischen Minderheit in Bulgarien.

Dies waren auch die Gründe für eine VEM-Delegation nach Nordmazedonien, die jedoch wegen COVID-19 zur ersten virtuellen VEM-Delegation wurde und ohne Kommunikationsprobleme verlief. Die höchsten politischen Vertreter Nordmazedoniens sprachen von den Herausforderungen und dem großen Wunsch und gleichzeitig dem nationalen Engagement für einen Beitritt zur EU.

Ein Blick in die Geschichte macht es leichter, die nicht beneidenswerte Lage zu verstehen, in der sich der junge Staat im Herzen des Balkans heute befindet. Vor dem Ersten Weltkrieg war dies jahrzehntelang Teil des bulgarischen Territoriums. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS-Königreich) gegründet, von dem ein Teil Mazedonien war. Allerdings wurde es zwischen dem SHS-Königreich und Griechenland aufgeteilt. Schon damals verbot Belgrad (später die Hauptstadt Jugoslawiens) die Verwendung des Namens „Mazedonien“ und den Gebrauch seiner Sprache. Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Entstehen eines Föderativen Jugoslawiens wurde Mazedonien eine von sechs Republiken und erlangte 1952 auch seine mazedonische Amtssprache. Wir Slowenen der Nachkriegsgenerationen können die anderen Sprachen der damaligen Republiken Jugoslawiens verstehen, nur die mazedonische Sprache war schon immer anders und für uns weitgehend unverständlich.

Die Republiken arbeiteten untereinander wirtschaftlich nach dem Grundsatz der abgesprochenen Wirtschaft zusammen, die die Kommunistische Partei von Belgrad aus dirigierte. In den Unabhängigkeitsprozessen im Jahre 1991 war Mazedonien die einzige Republik, die ohne Krieg unabhängig wurde, stand aber drei Jahrzehnte lang als kleines Land mit bescheidener militärischer Macht und relativ niedrigem BIP unter dem Druck historisch verbündeter Staaten. Der Druck hat verschiedene mögliche Ursachen: Serbien wegen der historischen Bestrebungen nach einem „Großserbien“, die in hohem Maße auch zum Zerfall Jugoslawiens geführt haben, Griechenland wegen der zweitausend Jahre alten Geschichte und Alexanders des Großen, der Makedonien bis nach Indien ausdehnte. Bulgarien erinnert sich noch aus der Geschichte daran, dass Mazedonien fast vier Jahrzehnte lang zu seinem Hoheitsgebiet gehörte. Zu beachten ist jedoch auch die Sorge der Mazedonier, von Albanern „überschwemmt“ zu werden.

Nordmazedonien befindet sich heute auf dem Balkan erneut an einer Schnittstelle, an der von mehreren Seiten Druck ausgeübt wird, außerdem belasten es weitere Konflikte, beispielsweise zwischen Serbien und dem Kosovo sowie zwischen Griechenland und Zypern. Politisch sind sie jedoch bestrebt, auf diplomatischem Wege friedliche Lösungen zu finden. Sie betonen, dass es trotz der erwähnten Blockade Griechenlands bei der Annäherung an die EU zwischen ihnen keinen einzigen Zwischenfall gegeben hat.

Slowenien und Nordmazedonien pflegten traditionell zu jeder Zeit gute politische und wirtschaftliche Beziehungen und tun dies auch heute. Wie der Präsident Nordmazedoniens, Stevo Pendarovski, erklärt hat, sind Slowenien und Kroatien die Vorbilder seines Landes auf dem Weg in die EU.

Nordmazedonien exportiert hochwertigen Wein, Gemüse und Obst. Ungeachtet einzelner Hindernisse und politischer Konflikte funktioniert die wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Region. Das kulturelle Erbe des Landes, seine natürlichen Gegebenheiten und die Gastfreundschaft der Menschen sollte man mit eigenen Augen erleben. Diese Erfahrung im Herzen des Balkans ist unvergesslich. Die Annäherung an die EU jedoch kann

Nordmazedonien unter anderem Freizügigkeit einbringen, die wir Menschen nach der Erfahrung mit dem Eisernen Vorhang zu schätzen wissen.

Zofija Mazej Kukovič

Slovenia, EPP-ED (2011-2014)

zofija.mazejkukovic@gmail.com

EU-Beitrittsbudget-Investition in Nordmazedonien

„Wir haben hier viel Geschichte, viel zu viel. Was wir brauchen, ist ein bisschen mehr Zukunft“, erklärte Nicola Dimitrov, Vize-Ministerpräsident für europäische Angelegenheiten, den Teilnehmern des virtuellen VEM-Studienbesuchs in Nordmazedonien. Er hat das schon einmal gesagt, als ich für den gemischten parlamentarischen Ausschuss für das Land, das damals noch Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien hieß, in Skopje war. Es ist ein Satz, der die politischen Dynamiken des langen Wegs Nordmazedoniens zum EU-Beitritt gut zusammenfasst.

Mit einer weitsichtigen und politisch mutigen Vereinbarung zwischen dem ehemaligen griechischen Ministerpräsidenten, Alexis Tsipras, und dem Premier der EJRM, Zoran Zaev, wurde der Weg für die Überwindung von Hindernissen geebnet, die Beitrittsverhandlungen lange im Wege standen. Das Prespa-Abkommen wurde entgegen alle Widerstände geschlossen und die Verfassung der EJRM wurde geändert, um das Land in Nordmazedonien umzubenennen. Anschließend verbesserten sich auch die Beziehungen zu Bulgarien und am 27. März folgte die NATO-Mitgliedschaft. Der Umstand, dass so viele politische Probleme gelöst wurden, muss nun belohnt werden.

Bis zum EU-Beitritt ist es jedoch noch ein weiter Weg. Es müssen grundlegende Herausforderungen mit Blick auf die Einhaltung regierungsbezogener, wirtschaftlicher und rechtsstaatlicher Standards bewältigt werden, bevor ein Beitritt Wirklichkeit werden kann, was wohl eher Jahre als Monate dauern wird. Für die Europäische Union und Nordmazedonien gilt es dafür zu sorgen, dass die Fortschritte nachweisbar und nachhaltig sind. Derzeit wird eine EU-Mitgliedschaft laut Umfragen von 83 % der Bevölkerung unterstützt. Kommt man hier jedoch nicht weiter voran, können Unterstützung und Begeisterung schwinden. Während die Hürden für den Fortschritt nur im Westbalkan überwunden werden konnten und die EU dadurch eine Entschuldigung hatte, muss sie nun zeigen, dass sie den politischen Willen hat, ihre Westbalkan-Strategie auch wirklich umzusetzen.

EU-Haushaltsmittel werden ein wichtiges Instrument sein, wenn es darum geht, Fortschritte beim Beitritt und einen nachweisbaren Nutzen zu erzielen. Verbesserungen der Infrastruktur haben für die nordmazedonische Regierung Priorität. Die Verbindungswege zu den Hauptstädten der Nachbarländer sind begrenzt und häufig beschwerlich. Eine Verbesserung

der Verbindungen zu den benachbarten Hauptstädten und Wirtschaftszentren Tirana, Sofia und Thessaloniki ist ganz klar eine Investition in den EU-Beitritt, die sich in puncto wirtschaftliche Leistungsfähigkeit effektiv auszahlt.

Eine weitere Priorität ist die digitale Infrastruktur. Die nordmazedonische Politik verfolgt einen Technologieansatz, der sich stark an den Erfahrungen Estlands und anderer kleiner EU-Mitgliedstaaten anlehnt. Für die EU gibt es gute Gründe, Heranführungshilfen in diese Strategie zu investieren. Nordmazedonien kann eine erfolgreiche digitale Wirtschaft werden; hierfür sind jedoch erhebliche Verbesserungen im Bereich Cybersicherheit nötig. Einem potenziellen Mitgliedstaat eine sichere digitale Entwicklung zu ermöglichen, liegt dabei selbstverständlich auch im Interesse der Union.

Die dritte Priorität sind Investitionen in Kultur und Bildung mittels einer erheblich stärkeren Förderung über entsprechende Programme, insbesondere Erasmus+, aber auch Horizont Europa und Kreatives Europa. Es gibt klare Synergien zwischen digitalen Investitionen und der Schaffung von Möglichkeiten für junge Menschen zu erkennen, wie sich ihre Begeisterung für die EU in der Realisierung von Lebenschancen niederschlägt.

Nachweisliche wirtschaftliche und soziale Fortschritte, die in Nordmazedonien und Albanien durch aus dem EU-Haushalt finanzierte Heranführungsinvestitionen erzielt werden, sind nicht nur für die Menschen in diesen beiden Ländern wichtig, sondern senden auch ein klares Signal an andere Staaten des Westbalkans, die einen EU-Beitritt anstreben: Setzt die erforderlichen Änderungen um und echte Fortschritte werden folgen. Nordmazedonien hat seit Prespa viel erreicht, doch auf dem Weg nach Brüssel sind nun Investitionen nötig.

John Howarth

United Kingdom, S&D (2017- 2020)

john@pwbpolicy.com

@johnhowarth1958

Die Lage der Rechtsstaatlichkeit in Nordmazedonien

Die Demokratie in Nordmazedonien war zwischen 2006 und 2016 fast ein Jahrzehnt lang unter ernsthafter Bedrohung. Damals standen Justiz, Staatsanwaltschaft, Polizei und Medien unter der Kontrolle der früheren Regierung, der regierenden VMRO-DPMNE-Partei und ihrem Vorsitzenden und ehemaligem Premierminister Nikola Gruevski.

Nachdem der Abhörskandal 2015 ausgebrochen war und die Inhalte der abgehörten Gespräche öffentlich bekannt wurden, bezeichnete die Europäische Kommission das Land 2016 als „staatliche und institutionelle Vereinnahmung“. Die Hauptmerkmale des vereinnahmten Rechtsstaats und der vereinnahmten Justiz waren die klientelistischen Beziehungen zwischen der Justiz und den politischen Eliten, die Manipulation des Automated Court Case Management Information System (ACCMIS), die Kultur der absoluten

Straflosigkeit der Politiker bei einer Welle politischer Korruption, der Missbrauch von Amnestie, die mangelnde Rechenschaftspflicht der Staatsanwälte, der politische Druck auf die Polizei in der Anfangsphase des Strafverfahrens, der Missbrauch der Organe und das Fehlen klarer langfristiger Reformen in Justiz, Staatsanwaltschaft, Polizei und Geheimdiensten. Obwohl die VMRO-DPMNE heute nicht mehr an der Macht ist und ihr Führer und ehemaliger Premierminister Gruevski sich im Exil in von Viktor Orbáns regiertem Ungarn befindet, sind in Justiz, Staatsanwaltschaft und Polizei nach wie vor Züge staatlicher Vereinnahmung zu erkennen. Wir müssen das Ausmaß der „staatlichen Vereinnahmung“ aufdecken, um die bestehenden institutionellen Schwächen verstehen zu können, aber auch um Strategien zur Früherkennung, Prävention und angemessenen Sanktionierung solcher Missbräuche zu entwickeln.

Die Fortschritte, die in den letzten vier Jahren im Bereich Rechtsstaatlichkeit und Justiz erzielt wurden, sind im Länderbericht der Europäischen Kommission von 2019 sowie in dem im März 2020 veröffentlichten Bericht über das Tempo der Reformen sehr gut beschrieben. Auf die Empfehlung der Europäischen Kommission zur Aufnahme der Beitrittsgespräche folgte der Beschluss des EU-Rates im Juni 2020, dass die erste Regierungskonferenz zwischen der EU und Nordmazedonien bis Ende dieses Jahres stattfinden soll.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal die Forderung der Zivilgesellschaft wiederholen, dass die Beitrittsgespräche so bald wie möglich beginnen sollen. Um Engagement und Fortschritte bei den Reformen und der Demokratisierung der Gesellschaft insgesamt zu sichern, sollte die Regierung unter anderem eine umfassende Bewertung der Grundursachen der „staatlichen Vereinnahmung“ vornehmen und die Fähigkeit von Justiz, Staatsanwaltschaft und Polizei zur proaktiven Korruptionsbekämpfung stärken. Der politische Einfluss sollte beseitigt werden, und das Parlament sollte nicht-richterliche Mitglieder im Justizrat auswählen. Die Verfahren zur Vollstreckung der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte sollten vollständig und rechtzeitig umgesetzt werden, und befugte Organe sollten obligatorische und rechtzeitige Prüfungen der Nutzung des ACCMIS durchführen.

Neu angenommene Änderungen an der Methodik der Beitrittsverhandlungen würden der EU mehr Handlungsbefugnisse verleihen, wenn ein Beitrittsland erhebliche Rückschritte im Bereich der Rechtsstaatlichkeit aufweist. Die Europäische Union sollte daher weiterhin politischen Willen zeigen, um den bevorstehenden Verhandlungsprozess mit Nordmazedonien berechenbarer, dynamischer und glaubwürdiger zu gestalten.

Fani Karanfilova-Panovska

Executive Director

Foundation Open Society- Macedonia

Nordmazedonien: Kulturgüter und Infrastrukturen zur Verbindung mit der Europäischen Union

Nordmazedonien, ein Schmelztiegel von Ethnien im Herzen des Balkans, verfügt über ein unvergleichliches künstlerisches, historisches und kulturelles Erbe.

Bekannt für seine bezaubernden religiösen Stätten, wie Kirchen und Klöster, die zwischen dem 11. und dem 16. Jahrhundert erbaut wurden, bewahrt es prächtige byzantinische Fresken und Ikonen, die erlesene Meisterwerke der Mazedonischen Schule der Kirchenmalerei darstellen.

Vom den barocken Fluchten und den Andenken an die osmanische Zeit in Skopje über die Schluchten und die orthodoxen Klöster, wie dem Kloster Sveti Jovan Bigorski und dem Kloster von St. Clemens und St. Pantaleon, bis hin zu den azurblauen Seen im Süden, wie dem Ohridsee: Ein magischer Ort, ein Hort des Friedens und der Ruhe, der zahlreichen endemischen Arten von Flora und Fauna eine einzigartige Zuflucht bietet. In diesem 1979 von der UNESCO zum Welterbe erklärten Gebiet befindet sich die Stadt Ohrid, eine der ältesten menschlichen Siedlungen in Europa, ehemals Hauptstadt des Bulgarischen Reiches und von großem historischen und kulturellen Wert. Ohrid hatte einst 365 orthodoxe Kirchen und wurde als „Jerusalem des Balkans“ bezeichnet. Die heute noch erhaltenen Kirchen beherbergen herausragende Zeugnisse byzantinischer Kunst und Architektur, die geschützt und gegenüber den Neubauten besser zur Geltung gebracht werden sollten, auch durch die gezielte Restaurierung der historischen Gebäude.

In Tetovo befindet sich die orthodoxe Kathedrale der Heiligen Kyrill und Methodius, die zu den Schutzpatronen Europas gehören.

In der nach dem verheerenden Erdbeben von 1963 wiederaufgebauten Hauptstadt kann man den Alten Basar bewundern, den größten auf dem Balkan, und daneben den Markt und die wichtigsten Moscheen, wie die Mustafa-Pascha-Moschee, sowie die Nationale Kunstgalerie, die in einem alten türkischen Badehaus untergebracht ist, das 1948 in ein Museum umgewandelt wurde. Von besonderem historischem Wert ist gewiss das Gedenkhaus der Heiligen Mutter Teresa, die 1979 den Friedensnobelpreis erhielt. Es wurde auf den Ruinen der Heiliges-Herz-Jesu-Kirche erbaut, in der Mutter Teresa getauft wurde und wo sie gewöhnlich ihre Gebete verrichtete.

Das Land verfügt über ein großes künstlerisches, architektonisches und musikalisches Erbe, was auch die bekannten Festivals in den Bereichen Performance, Musik, Theater und Kino belegen. Erst kürzlich fand in Skopje das Giffoni Youth Film Festival statt: ein Treffpunkt für den Austausch von Kultur und Ideen zwischen den Enthusiasten aller Generationen, auch über das Internet.

Es ist wichtig, sich an die brutale Zerstörung von bedeutenden Kulturgütern im Zuge der Konflikte in der Balkanregion Ende des letzten Jahrhunderts zu erinnern. Die Zerstörung von Symbolen, die das Erbe bilden, das zutiefst mit der Identität einer Bevölkerungsgruppe verbunden ist, wurde hier als Mittel zur ethnischen Säuberung eingesetzt.

Heute leben in diesem Land, in dem die religiöse und die ethnische Identität oft zusammenfallen, Muslime und Orthodoxe friedlich miteinander und besuchen ihre Kirchen und Moscheen. Der Mazedonischen Orthodoxen Kirche (64,8 %) gehören überwiegend die Slawomazedonier an und der Islam (33,3 %) wird hauptsächlich von der albanischen Volksgruppe sowie der torbeschischen und der türkischen Minderheit praktiziert. Die Anhänger der katholischen Kirche (0,72 %) sind Albaner mit etwa einem Dutzend Pfarrgemeinden und 1,5 % der Bevölkerung (Aromunen, Roma) gehören anderen Religionsgemeinschaften an.

Dieses von Serbien, Albanien, Griechenland und Bulgarien umgebene Land ist ein Mosaik aus Kulturen, Ethnien und Religionen. Die am weitesten verbreiteten Sprachen sind Mazedonisch und Albanisch. Aber gerade die schwierigen Beziehungen zu den Nachbarstaaten haben neben der Armut an Ressourcen und der schwachen Infrastruktur den Aufschwung Nordmazedoniens erschwert.

So hat Sofia gerade in diesen Tagen wieder das Thema des historischen und kulturellen Erbes aufgegriffen, das lange Zeit Gegenstand von Streitigkeiten war (z. B. darüber, ob die mazedonische Sprache ein bulgarischer Dialekt ist oder ob der mazedonische Nationalheld Goze Deltschew in Wirklichkeit bulgarischer Abstammung ist), die mit der Unterzeichnung des Freundschafts- und Zusammenarbeitsvertrags vor drei Jahren überwunden zu sein schienen. Im Jahr 2019 legte das Land den heftigen Streit mit Griechenland bei, indem es seinen Staatsnamen in „Nordmazedonien“ änderte, und im März dieses Jahres wurde es offizielles Mitglied der NATO. Außerdem strebt es den Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 2025 an. Der Prozess der Erweiterung der EU auf dem Balkan kam durch die COVID-19-Krise und die Brexit-Krise ins Stocken. In ihrer Mitteilung vom Oktober mit dem Titel „Stärkung des Beitrittsprozesses – Eine glaubwürdige EU-Perspektive für den westlichen Balkan“ bewertet die Europäische Kommission die wichtigsten Fortschritte, die in den einzelnen Ländern in Bereichen wie Rechtsstaatlichkeit, Rechtskultur, Korruptionsbekämpfung, Meinungsfreiheit und Medienvielfalt gemacht wurden. Und der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der Kommission, Josep Borrell, hat dazu erklärt: „Die Bürgerinnen und Bürger des Westbalkans sind Teil Europas, und wir haben ein gemeinsames Interesse daran, diesen sechs Partnern dabei zu helfen, auf ihrem Weg in die EU voranzukommen. Durch den Wirtschafts- und Investitionsplan unterfüttern wir unsere Bewertung des Erweiterungspakets mit Maßnahmen und bieten eine weitgehende und umfassende Unterstützung mit Blick auf wirtschaftliche Erholung und Reformen – für einen modernen, ökologischeren und wohlhabenderen Westbalkan, der seine Bürgerinnen und Bürger auf dem Weg in die EU voranbringt.“ Er fügte hinzu, dass die Übernahme des *acquis communautaire* einer strengen Bewertung unterzogen würde. Olivér Várhelyi, EU-Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung, hat indes erneut auf die Notwendigkeit von „strengen, aber fairen Bewertungen“ hingewiesen und die weiteren Fortschritte bei den Reformen in Nordmazedonien bestätigt, das im vergangenen März die Aufnahme der Verhandlungen erreicht hat und sich derzeit auf die ersten Regierungskonferenzen vorbereitet.

Die geografische Lage Nordmazedoniens im Zentrum der Balkanhalbinsel hat wesentlich zur Entwicklung des Verkehrsnetzes und vor allem des Straßennetzes beigetragen, zu dem auch die beiden Paneuropäischen Verkehrskorridore gehören, die sich im Land überkreuzen: Korridor VIII, Ost-West, und Korridor X, Nord-Süd.

Das Land, das in Bereichen wie Einwanderung und Terrorismus ein strategischer Partner ist, hat einen mäßig ausgebildeten Verkehrssektor. Es bedarf eines weiteren politischen Engagements, um die erforderlichen sektorbezogenen Reformen durchzuführen, die operativen und administrativen Kapazitäten der Kontrollorgane zu stärken und die Umsetzungsfähigkeit auszubauen, um die tödlichen Unfälle auf den Straßen- und Schieneninfrastrukturen zu reduzieren, indem unter anderen die Rechtsvorschriften über die intelligenten Verkehrssysteme (IVS) und über den kombinierten Verkehr zur Anwendung gebracht werden und ein Strategierahmen für den Ausbau der IVS und Kernnetze ausgearbeitet wird.

Das Land müsste insbesondere die operativen und technischen Kapazitäten aller am Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) und transeuropäischen Energienetze (TEN-E) beteiligten Verwaltungsinstitutionen und Interessenträger weiter stärken und den Rechtsrahmen mit der Verordnung über das transeuropäische Netz in Einklang bringen.

Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass Nordmazedonien seinen Reformweg fortsetzt, um die Verlagerung von Ressourcen auf erfolgversprechendere Entwicklungsmöglichkeiten zu erleichtern sowie die Infrastrukturarbeiten und den Strukturwandel zu Ende zu führen, indem es technische Anwendungen und die technische Innovation fördert, neue Beschäftigungsmöglichkeiten schafft und die eigene strategische Lage effizienter nutzt.

Monica Baldi

Italy, EPP-ED (1994-1999)

baldi.monica@email.it

Interethnischer Dialog und Rechte der Frau

Dank eines „Forschungsbesuchs“ in Nordmazedonien über das Internet durch Vertreter unseres Vereins (FMA) konnten wir nun ein viel klareres Verständnis der Probleme erlangen, vor denen dieses kleine Land, das auch Kandidat für eine Mitgliedschaft in der EU ist, derzeit steht.

Die Lage und die vielfältige ethnische Zusammensetzung Nordmazedoniens haben die Geschichte und die Politik des Landes sowie die Ergebnisse im Bereich der Frauenrechte geprägt. Die Staaten, die im 19. Jahrhundert aus den Ruinen des Osmanischen Reiches hervorgegangen sind, kämpfen auch heute noch mit der Last ihrer imperialen Vergangenheit.

Seitdem sich Nordmazedonien 1991 von Jugoslawien getrennt hat, fungiert es als unabhängiger multiethnischer Staat.

Die größte Leistung des Landes besteht meiner Ansicht nach darin, dass es als einheitlicher Staat agiert, der Mazedonier (64 %), Albaner (25,2 %), Türken (2,7 %) und Roma (1,8 %) sowie eine geringe Zahl von Serben, Bosniern und Walachen (nach der jüngsten Volkszählung von 2002) zusammenbringt. Im Rahmen der Verfassung genießen alle ethnischen Gruppen dieselben gesetzlichen Rechte, und der Staat schützt und fördert ihre jeweilige Kultur. Darüber hinaus können Minderheitengruppen ihre eigene Sprache in amtlichen Zusammenhängen verwenden, wenn sie mindestens 20 % ihrer Gemeinde ausmachen. Albanischsprachige Abgeordnete können ihre Sprache auch im Parlament verwenden. In Šuto Orizari, einem Vorort von Skopje, wurde etwa Romani als Amtssprache festgelegt. Zudem hat die Regierung ein starkes politisches Engagement für die Integration der Roma in die mazedonische Gesellschaft und für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen, vor allem durch Bildung, unter Beweis gestellt. In dem Land sind außerdem zahlreiche von Frauen geführte nichtstaatliche Organisationen tätig, um das Leben der Roma-Bevölkerung zu verbessern.

Frauen haben in den letzten 30 Jahren einen großen Beitrag zu den politischen Diskussionen geleistet, was auch für die Organisationen gilt, die einen wichtigen Beitrag zur Förderung des internationalen Dialogs, der Aussöhnung und des friedlichen Zusammenlebens der verschiedenen Gemeinschaften des Landes geleistet haben. Im Laufe der Jahre ist die feministische Bewegung erheblich gewachsen, vor allem etwa Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre. Dabei gelang es, Frauen aus verschiedenen ethnischen Gruppen und Glaubensrichtungen sowie Vertreter politischer Parteien, Bürgerorganisationen und sogar einzelne weibliche Aktivistinnen zusammenzubringen. Die Beziehungen wurden jedoch häufig durch gewaltsame ethnische Zusammenstöße, vor allem zwischen Albanern und Mazedoniern, beeinträchtigt, die 2012 zu sieben Todesfällen führten. Darüber hinaus behinderte der Aufstieg nationalistischer Bewegungen zwischen 2006 und 2017 die Fortschritte, die in den Jahren zuvor bei der Lösung externer Konflikte und bei der Verbesserung der Beziehungen zu Griechenland und Bulgarien erzielt worden waren.

Nach den Wahlen im Jahr 2017 und kürzlich im Juli 2020, nachdem die pro-europäische Koalition unter Zoran Zaev an die Macht gekommen ist, haben sich sowohl die internationalen Beziehungen verbessert als auch die Spannungen zwischen ethnischen Gruppen abgenommen. Dies gilt insbesondere, nachdem das Prespa-Abkommen (Juli 2018) angenommen wurde, das dem Land die Möglichkeit eröffnete, sowohl der NATO als auch der EU beizutreten. Darüber hinaus konnte die feministische Bewegung sicherstellen, dass bei den lokalen und parlamentarischen Wahlen mindestens 40 % der Kandidatinnen weiblich waren und dass Gesetze gegen häusliche Gewalt, gegen sexuelle Belästigung und gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz verabschiedet wurden. Der Bewegung gelang es auch, das

Recht auf Abtreibung und LGBTQI-Rechte zu schützen. Trotz dieser Fortschritte haben Frauen in Nordmazedonien nach wie vor Schwierigkeiten, eine Beschäftigung zu finden: 39 % der Frauen sind erwerbstätig, gegenüber 61 % der Männer. Zudem sind Frauen in der Regierung und in anderen Führungspositionen nach wie vor unterrepräsentiert. So ist beispielsweise unter den vier Vizepräsidenten des Landes keine Frau, und nur sechs der 87 Bürgermeister des Landes sind weiblich. Es bestehen außerdem nach wie vor problematische patriarchalische Stereotype sowie ethnische und kommunale Spannungen. Aus diesem Grund sind wir der Ansicht, dass die Stärkung der Rolle der Frau und die Bemühungen um eine echte Gleichstellung der Geschlechter dazu beitragen werden, Nordmazedonien zu modernisieren und stärker an den europäischen Werten auszurichten.

Anna Karamanou

Greece, S&D (1997-2004)

annkaramanou@gmail.com

Ein Treffen mit der jungen Generation

Im Oktober, am Ende eines virtuellen Studienbesuchs in Skopje, traf sich eine Gruppe ehemaliger MdEP per Zoom mit Studierenden von fünf nordmazedonischen Universitäten. Nach einer kurzen Eröffnungsrede von Dr. Hans-Gert Pöttering (VEM-Vorsitzender und ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments) begann die Sitzung, die in Form einer Fragerunde abgehalten wurde.

Da die Studierenden zunächst etwas schüchtern und zurückhaltend waren, half VEM-Mitglied Jackie Jones, eine ehemalige Juraprofessorin, dabei, das Eis zu brechen, indem sie die Studierenden bat, etwas über sich und ihr Studium zu erzählen. Viele studierten Jura, internationale Beziehungen, Europawissenschaften und ähnliche Fächer. Sie wollten wissen, wie lange es wohl dauern wird, bis Nordmazedonien vollwertiges Mitglied der EU wird. Ihre Generation hat schon viele Chancen verpasst und es wurde deutlich, dass die Studierenden unsere europäischen Werte teilen und gerne in den Genuss der Vorteile kommen möchten, von denen ihre Kommilitonen in den EU-Nachbarländern bereits profitieren.

Als ehemaliges Mitglied des Ausschusses für Bildung und Kultur konnte ich dazu beitragen, dass das Erasmus+-Programm erweitert wird, und nicht mehr nur für Studierende an Hochschulen, sondern für eine umfassendere Gruppe junger Menschen gilt. Junge Menschen aus Nordmazedonien können an Teilen des Programms und auch am Programm „Europäisches Solidaritätskorps“, in dessen Mittelpunkt die Freiwilligenarbeit steht, teilnehmen.

Wie zu erwarten, wurden Themen im Zusammenhang mit den Problemen diskutiert, die Nordmazedonien in der Vergangenheit mit seinen Nachbarn Bulgarien und Griechenland hatte. Die Studierenden wurden daran erinnert, dass die Beilegung des Namensstreits mit Griechenland zeigt, dass selbst die größten Probleme mit politischem Willen gelöst werden können, und dass sich die EU nach einem Jahr der Verzögerungen, die begannen, als Präsident Macron beim EU-Gipfel im Oktober 2019 eine Einigung blockierte, verstärkt um Fortschritte beim Beitrittsverfahren bemüht. Wir haben betont, dass unser Studienbesuch ein Beleg für die erneuten politischen Anstrengungen um eine Aufnahme der Balkanländer in die europäische Familie ist, da sich die EU bewusst ist, dass Frieden und Stabilität in der Region ein friedliches und sicheres Europa für alle bedeuten.

Wir hatten eine lebhafte Diskussion darüber, was es bedeutet, ein EU-Mitgliedstaat zu sein, wobei auch über den bedauerlichen Austritt des Vereinigten Königreichs gesprochen und auf die beklagenswerten Rückschritte einiger Mitgliedstaaten, insbesondere in den Bereichen Frauenrechte und Gleichstellung der Geschlechter, hingewiesen wurde. Nordmazedonien hat mit der Ratifizierung des Übereinkommens von Istanbul mehr Fortschritte gemacht als so mancher andere Mitgliedstaat. Bei den Rechten von LGBT-Personen hingegen gab es auf gesetzlicher Ebene zwar Verbesserungen, insgesamt bleibt in diesem Bereich aber noch viel zu tun.

Gerade die weiblichen Konferenzteilnehmer waren sehr dankbar dafür, starken Politikerinnen zuhören zu dürfen:

„Schon mein ganzes Leben lang setze ich mich für Frauenrechte und Geschlechtergleichstellung ein und als Sie das beim Zoom-Meeting erwähnt haben, musste ich einfach etwas dazu sagen“, schrieb mir Artina Mustafi, eine Jurastudentin aus Tetovo, später in einer Twitter-Nachricht. „Als muslimische Frau und Feministin erhalte ich viele islamophobe, sexistische und frauenfeindliche Nachrichten von Menschen, die denken, dass es absurd sei, dass ich als Muslimin mich auch als Feministin begreife ... Aber ich habe nie aufgehört, darüber zu sprechen, dass der Islam eigentlich von Natur aus feministisch ist und ich werde nie aufhören, gegen Rassismus, Homophobie und Fremdenfeindlichkeit zu kämpfen, auch wenn ich auf dem Balkan lebe, wo dies etwas schwieriger ist, weil die Menschen nicht so offen sind. Ich möchte alles tun, damit sich mein Land zum Besseren ändert. Zusammen sind wir stärker ...“

Julie Ward

United Kingdom, S&D (2014- 2020)

julie4nw@gmail.com

@julie4nw

Ein Traum für einen Bürger von Nordmazedonien

Ich bin Viola Mahmudi und studiere Jura.

Jeder Bürger der Republik Nordmazedonien möchte, dass unser Land Teil der EU wird.

Wenn mein Land der EU beitreten würde, würde ich zuerst hoffen, dass die Gehälter steigen würden, denn sie sind hier sehr niedrig. Für Familien ist es unmöglich, mit einem Mindestlohn ein normales Leben zu führen, da die Kosten wie Strom, Telefonrechnungen und Lebensmittel sehr hoch sind.

Ich würde mir wünschen, dass mehr Arbeitsplätze geschaffen werden und dass mehr als die Hälfte der Empfänger von Arbeitslosengeld Arbeitsplätze erhalten. Dadurch wären sie nicht auf Geld oder Gefälligkeiten von politischen Parteien angewiesen, was in der Republik Nordmazedonien derzeit sehr verbreitet ist.

Eines der wichtigsten Anliegen wäre für mich das Ende der Korruption. In meinem Land herrscht nämlich Korruption in allen Einrichtungen, Krankenhäusern, Schulen und Universitäten. Viele von diesen Einrichtungen sind auf die Unterstützung einer bestimmten politischen Partei angewiesen.

Ich würde mir auch eine bessere Infrastruktur wünschen. Beispielsweise möchte ich, dass mehr Menschen öffentliche Verkehrsmittel benutzen, damit wir sauberere Luft haben. Ich wünsche mir auch bessere Bedingungen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen, die oft übersehen werden. Die Bedingungen könnten die Installation von akustischen Signalen an Fußgängerübergängen und die Bereitstellung von Rampen zur Erleichterung des Zugangs zu öffentlichen Gebäuden umfassen.

Die regionale Zusammenarbeit auf dem Balkan bedarf noch weiterer Arbeit, da es zwischen Völkern unterschiedlicher Ethnien große Spannungen gibt. Ich denke jedoch, dass diese Situation in naher Zukunft gelöst wird, weil wir alle in Harmonie leben wollen. Wir alle haben Kriege mit sinnlosem Töten erlebt.

Der interethnische Dialog auf dem Balkan wird erst dann in Gang gesetzt, wenn die Korruption und der Wahlbetrug unterbunden sind und wenn die politischen Parteien und ihre Mitglieder verstehen, dass das Hauptziel für sie selbst und für jeden Bürger der Balkanländer darin besteht, dem Beispiel der EU-Länder zu folgen. Solange es in unseren Ländern unverantwortliche Menschen gibt, die für sich selbst stehlen wollen, wodurch die Armen mit den Folgen allein gelassen werden, wird der interethnische Dialog auf dem Balkan immer ein Misserfolg sein.

Wenn es um die Zukunft dieser Länder geht, werden viele junge Menschen im Stich gelassen. Sogar Studentenproteste sind in unseren Ländern sinnlos, weil die Kinder von Ministerialdirektoren o. ä. alle ihre Prüfungen bestehen, ohne jemals den Unterricht zu besuchen. Somit nehmen sie später Arbeit anderen Studenten weg, die diese mehr verdienen würden. Dasselbe trifft für alle Balkanländer zu. Meine Frage ist also, wie kann es jemals eine regionale Zusammenarbeit mit diesen Verantwortlichen geben?

Viola Mahmudi

Student at University of Tetovo
v.mahmudi218050@unite.edu.mk

Wenn Nordmazedonien der EU beiträte, was würden Sie erwarten?

Meine Erwartungen an den Beitritt Nordmazedoniens zur EU, einer Gemeinschaft der Stabilität, Demokratie, Sicherheit und des Wohlstands, sind hoch.

Ich würde erwarten, dass sich der Lebensstandard im Allgemeinen verbessert und dass die wirtschaftliche Entwicklung zunimmt, einschließlich des Wachstums des Bruttoinlandsprodukts, höherer Löhne und Renten, der Freizügigkeit von Arbeitskräften, Waren, Dienstleistungen und Kapital, des Wachstums des Binnenmarktes und der Binnennachfrage sowie der Investitionen zur Erreichung eines fairen Wettbewerbs.

Ich denke, dass die EU-Mitgliedschaft eine Reform des nordmazedonischen Justizsystems mit sich bringen würde, wodurch die Gerichte unvoreingenommen und fair würden, sie dazu bringen würde, transparente Urteile unabhängig von Rasse, Geschlecht, Religion, sexueller Orientierung, ethnischer Zugehörigkeit oder Alter zu fällen, und dazu beitragen würde, den Rückstand anhängiger Verfahren zu verringern. Ich würde von einer solchen Justizreform auch erwarten, dass Richter mit der erforderlichen juristischen Ausbildung eingestellt werden, die weder in der Vergangenheit noch während ihrer Amtszeit an Straftaten beteiligt waren und deren Entscheidungen nicht von politischen Parteien oder der von ihnen unterstützten Politik beeinflusst werden; kurz gesagt, Richter, die die Überprüfungskriterien erfüllen.

Ich würde auch eine Reform der Exekutive erwarten, bei der die Regierung entsprechend ausgebildete Beamte mit den richtigen Fähigkeiten ernannt, um ihre jeweiligen Abteilungen erfolgreich zu leiten. Auf diese Weise wird die Regierung in allen Bereichen der Exekutive Erfolge ernten, sowohl was die politische Führung als auch was die Leitung und Führung einzelner Abteilungen betrifft. Darüber hinaus sollte die Exekutive besonderen Wert auf eine gerechte Verteilung der Ressourcen legen und sicherstellen, dass die Ressorts sich für institutionelle Fortschritte einsetzen und dass das Staatsoberhaupt seine gesetzlichen Rechte gegenüber den Ressorts der Exekutive offen ausübt.

Die meisten Menschenrechte sind in der Verfassung Nordmazedoniens verankert. Wenn Nordmazedonien der EU beitreten will, muss es diese Rechte ausbauen und mit der EU-Gesetzgebung in Einklang bringen. z. B.: In Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) heißt es: „Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.“ Artikel 8 EMRK legt das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens fest, das in Nordmazedonien ebenfalls häufig verletzt wird. Artikel 9 EMRK über „Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit“ wird nicht aufrechterhalten, weil wir ein multikonfessioneller und multiethnischer Staat sind und dieses Recht immer wieder Rückschläge erlitten hat. Artikel 10 EMRK deckt die

Meinungsfreiheit ab, die in Nordmazedonien durch eine Reihe dominanter Faktoren bedroht ist, darunter politische, wirtschaftliche, ethnische und religiöse Faktoren. Schließlich deckt Artikel 14 EMRK das Recht ab, nicht diskriminiert zu werden, dessen Einhaltung sich im Laufe der Zeit in Nordmazedonien - vergleicht man den Pluralismus in Jugoslawien mit der gegenwärtigen Situation - immer wieder verbessert hat, da aufeinanderfolgende politische Regierungen ihn missbraucht oder aufrechterhalten haben.

Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass Nordmazedonien konsequent und effektiv an der Erfüllung der rechtlichen Kriterien der EU arbeiten sollte, um den Beitrittsprozess zu beschleunigen, da die EU-Mitgliedschaft für den Staat und seine Bürger eine entscheidende Rolle spielt.

Artina Mustafi

Student at University of Tetovo
a.mustafi219002@unite.edu.mk

Besuch im Rahmen der EU Präsidentschaft

(Virtueller) Besuch des VEM in Berlin am 26. und 27. Oktober 2020 anlässlich des deutschen Ratsvorsitzes

Unter den interessanten und vielfältigen Aktivitäten, die der VEM seinen Mitgliedern anbietet, konnte in diesem Jahr ein Besuch in Berlin während des halbjährlichen deutschen Ratsvorsitzes nicht fehlen. Leider machten die Umstände der COVID-19-Pandemie eine Änderung der Modalitäten des Besuchs erforderlich, und es sollte anerkannt und gewürdigt werden, dass die Berliner Treffen trotz alledem im Format einer Videokonferenz stattfinden konnten. Auch wenn dieses Format einen unmittelbaren Genuss der Schönheit Berlins im Herbst und der bekannten deutschen Gastfreundschaft nicht ermöglichen konnte, glaube ich, dass das Format auch eine positive Seite hatte, nämlich, dass eine große Zahl von Kolleginnen und Kollegen dadurch ermutigt wurden, an den Sitzungen und Debatten aus der Ferne teilzunehmen, und zwar mit regem Interesse und viel Herzlichkeit, wie ich feststellen konnte.

Der Besuch unter Leitung von Präsident Pöttering, der die Diskussionen mit Geschick angestoßen hat, wurde sehr gut vorbereitet und vom derzeitigen Leiter des Verbindungsbüros des EP in Berlin, Georg Pfeifer, begleitet, der einen Überblick über den aktuellen Stand der europäischen Debatte in Erwartung der Haushaltsvereinbarung und der anstehenden großen Herausforderungen gab. Zu nennen wären da die Digitalisierung, der Klimawandel und die Resilienz, vor dem Hintergrund großer Veränderungen in den internationalen Beziehungen zu den USA im Vorfeld der immens wichtigen Präsidentschaftswahlen dort, sowie zu China und Russland und angesichts der anhaltenden

Herausforderung der Einwanderung und der großen wirtschaftlichen Unsicherheit infolge der unerwartet über uns hereingebrochenen COVID-19-Pandemie, auf die die EU mit großer Entschlossenheit und Energie reagieren will.

Am meisten war man auf die Rede des Präsidenten des Deutschen Bundestages, Wolfgang Schäuble, gespannt, und wir wurden nicht enttäuscht. Eine ganze Stunde lang konnten wir alle Arten von Fragen in aller Offenheit stellen, auf die er mit sehr interessanten Ideen aus seinem großen Erfahrungsschatz antwortete. Dies half uns, die Lage in der EU und vor allem die Notwendigkeit, die großen Probleme zu lösen, besser zu verstehen. Es gilt, diese einzigartige Gelegenheit zu nutzen und das große Haushaltsvolumen so schnell wie möglich dort einzusetzen, wo die EU schwerwiegende Mängel aufweist, das heißt bei der Digitalisierung, der öffentlichen Gesundheit und in anderen Problemfeldern. Herr Schäuble wies uns auf die Dringlichkeit hin, sich der großen Herausforderung zu stellen, vor der die EU heute steht – nämlich in der Lage zu sein, die EU-Politik in all ihren Facetten umzusetzen, und zwar so, dass diese schnell und wirksam bei den Bürgern ankommt und ihnen zugutekommt. Nach wie vor habe ich seine Worte voller Überzeugung und Leidenschaft für eine rasche und wirksame EU im Ohr, weshalb Flexibilität, Pragmatismus und vor allem Fortschritte und die Verhinderung von Blockaden oder Verzögerungen vonnöten sind. Mit Blick auf die erwartete Konferenz zur Zukunft Europas plädierte er für die Suche nach einer optimalen „Dynamik“, damit die Konferenz im Hinblick auf all diese Herausforderungen von Nutzen sein wird.

Die übrigen Treffen waren auch sehr reich an Anekdoten und neuen Überlegungen, sowohl auf individueller Ebene, darunter das Gespräch mit dem Vorsitzenden des Ausschusses des Deutschen Bundestags für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Gunther Kirchbaum, als auch das ungemein fruchtbare gemeinsame Treffen am zweiten Tag mit verschiedenen Vertretern der Zivilgesellschaft, insbesondere mit Vertretern von Jugendorganisationen, die hohe Erwartungen an eine besonders rege Teilnahme an der Konferenz zur Zukunft Europas haben, damit die EU transparenter und rechenschaftspflichtig gegenüber den Bürgern gemacht wird und damit Armut und Jugendarbeitslosigkeit angegangen werden.

Ines Ayala Sender

Spain, S&D (2004-2019)

iayalasender@gmail.com

Junge Europäer und ihre Erwartungen an die Konferenz zur Zukunft Europas

Anlässlich des deutschen Ratsvorsitzes traf sich der Verein der ehemaligen Mitglieder auch mit Vertretern von in Deutschland tätigen zivilgesellschaftlichen Organisationen und lud sie ein, ihre Ideen und Wünsche für die Konferenz zur Zukunft Europas darzulegen. In diesem

Zusammenhang hatten zwei Jugendorganisationen die Möglichkeit, ihre Vorstellungen zu erörtern: die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) Deutschland e. V. – die Jugendorganisation der deutschen Sektion der Union Europäischer Föderalisten – und der Deutsche Bundesjugendring (DBJR).

Was genau erwarten junge Menschen von der Konferenz zur Zukunft Europas? Und wie haben sich ihre Erwartungen angesichts der Erfahrungen infolge der weltweiten COVID-19-Krise verändert?

Beide Organisationen, die JEF und der DBJR, betonen nachdrücklich, dass junge Menschen in Deutschland und in anderen Ländern einen starken Bezug zu Europa, seinen Kerngedanken und seinen Werten haben, sich dazu bekennen und daher einfordern, an der Debatte um ihre europäische Zukunft und deren Gestaltung teilzuhaben. Angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen wie etwa der Pandemie, aber auch in Anbetracht des Klimawandels, der Migration und der anhaltenden Aushöhlung demokratischer und liberaler Grundsätze stellen sich immer mehr Menschen die Frage, ob die EU in ihrer derzeitigen institutionellen Form angemessene und wirksame Lösungen bieten kann. Aus föderalistischer Sicht sind institutionelle Reformen, mit denen die Kohärenz und Einheitlichkeit der EU und die europäische Demokratie gestärkt werden, von entscheidender Bedeutung. Thematisch sollte die Konferenz zur Zukunft Europas daher mutig auf längst überfällige Reformen wie die Stärkung des Europäischen Parlaments, die Angleichung der Wahlsysteme in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten und den Übergang vom Grundsatz der Einstimmigkeit zur Mehrheitsbeschlussfassung drängen. Beide Organisationen weisen jedoch darauf hin, dass die Konferenz nicht hinter den Erwartungen zurückbleiben darf, die in sie gesetzt wurden. Unabhängig davon sollte die Konferenz einem verbindlichen und ergebnisoffenen Verfahren folgen, in dessen Rahmen Vertragsänderungen und/oder ein späteres Übereinkommen nicht als ein Tabu erachtet werden sollten. Darüber hinaus ist es von wesentlicher Bedeutung, die organisierte Zivilgesellschaft in das Verfahren einzubeziehen, um eine nachhaltige Beteiligung zu erreichen.

Angesichts der globalen Pandemie und des Aufkommens von Populismus und illiberalen Tendenzen ist eine starke Europäische Union, die den Bedürfnissen und Sorgen ihrer Bürger Rechnung tragen kann, heute mehr denn je erforderlich. Wenn wir diese turbulenten Zeiten überstehen möchten, müssen wir auch zusammen als Gesellschaft wachsen. Es muss im Mittelpunkt des Interesses der politischen Entscheidungsträger Europas stehen, das Vertrauen der Bürger wiederherzustellen. Daher sollte die Konferenz nicht darauf reduziert werden, eine weitere „Übung des aktiven Zuhörens“ zu sein. Vielmehr ist jetzt der Zeitpunkt, um mutig zu sein und den Bürgern ein echtes Mitspracherecht in Bezug auf die Zukunft Europas einzuräumen. Nur eine Konferenz zur Zukunft Europas, bei der alle Optionen für einen tief greifenden politischen und institutionellen Wandel offengelegt werden, kann jetzt die Erwartungen der Bürger erfüllen.

Clara Föllner

President of the Young European
Federalists Germany and Member
of the Europe Union Germany

Marius Schlageter

Vice-President of the German
Federal Youth Council.

Former Members' Network

Reaktionen auf die COVID-19-Pandemie – eine-weltweite Diskussion

Eine der größten und möglicherweise dauerhaften Veränderung, die sich aus der COVID-Pandemie ergibt, ist die Zunahme von Diskussionsforen im Internet.

Plötzlich ist die Welt wirklich ein sehr viel kleinerer Ort geworden, und E-Mails wurde durch neue Online-Instrumente wie Zoom verdrängt, die es uns nicht nur ermöglichen, einander zu sehen, sondern auch in einer Art und Weise zu interagieren und zu miteinander zu sprechen, wie sie nur wenige von uns bis vor kurzem erwogen oder praktiziert haben. Dies ist im VEM anhand der Zunahme der Zoom-Einladungen im Rahmen des Programms „EP to Campus“ und insbesondere anhand der steigenden Nachfrage nach Vorträgen von Universitäten in Regionen außerhalb Europas festzustellen.

Am Donnerstag, dem 22. Oktober, habe ich den VEM in einer drei Kontinente umspannenden Debatte über die COVID-19-Pandemie vertreten. Die ehemaligen Kongressmitglieder der Vereinigten Staaten wurden durch ihren Präsidenten Charles Bustany, die ehemaligen neuseeländischen Parlamentsmitglieder durch ihren Vorsitzenden Peter Dunne vertreten.

In mancher Hinsicht hatte letzterer die einfachere Aufgabe, da er ein Land mit nur einer Regierung, 15 Millionen Einwohnern und ohne andere Machtzentren mit unterschiedlichen miteinander konkurrierenden Regeln vertreten musste. Neuseeland hat auch den Vorteil, dass es mehr als 3 000 Meilen von seinem nächstgelegenen Nachbarland Australien entfernt liegt. Peter Dunne konnte uns also erläutern, wie man, wenn man über solche Vorteile verfügt und man eine landesweite Quarantäne durchsetzen kann, eine Krankheit in die Schranken weist. In Europa wäre es einfach nicht möglich gewesen, die Menschen in Quarantänehotels zu stecken und die Armee davor zu postieren, um sicherzustellen, dass niemand das Hotel verlässt.

Die USA mit ihren vielen Bundesstaaten und Gouverneuren mit ihren erheblichen Machtbefugnissen und wirkmächtigen Traditionen bildeten vor allem wegen des Wahljahrs zwangsläufig eine Ausnahme. Es gibt auch einen ausgeprägten Willen zum Widerstand gegen Kontrolle im Wesenszug der US-Amerikaner. Wenn wir also glauben, dass die Dinge in Europa schwierig sind, waren sie in den USA noch viel schwieriger. Dort kamen natürlich auch noch die Wahlen und die sehr reale Kluft zwischen Republikanern und Demokraten beim Umgang mit der Pandemie hinzu. Zum einen hatten wir einen Präsidenten, der die Krankheit schlichtweg leugnete, und das andere Extrem war ein demokratischer Herausforderer, der

viel mehr Zeit damit verbrachte, sich in seinen eigenen vier Wänden mit Wahlkampfthemen zu befassen, als Reden vor Menschenmassen zu halten.

Wenn wir in dieser Debatte von Europa sprechen, meinen wir natürlich die 27 Länder, die die Europäische Union bilden. Wenn die Pandemie erst einmal überwunden ist, müssen wir eingehend und schonungslos betrachten, wie die Dinge bei uns gehandhabt wurden. Die Gesundheit ist natürlich eine nationale Angelegenheit, aber es bestand eindeutig ein Bedarf an einer zentralen Stelle für den Informationsaustausch und die Koordinierung der Beschaffung, die zudem sicherstellt, dass die Bedürfnisse kleinerer Länder nicht außer Acht gelassen werden. Wenn Sie in Deutschland oder Frankreich leben, können Sie eigene Forschungsarbeiten in Auftrag geben und hoffentlich einen Impfstoff finden. Das Gleiche gilt für Belgien oder Portugal nicht unbedingt, sodass eine Aufgabe für Europa darin besteht, für ein Maß an Gerechtigkeit und auch dafür zu sorgen, dass alle Länder am Ende davon profitieren.

Europa und die übrigen Industrieländer sind auch gegenüber dem Rest der Welt verantwortlich, ein Thema, das ich zu einem Programmpunkt gemacht habe, was von den beiden anderen Teilnehmern unterstützt wurde. Alle drei von uns stimmten überein, dass wir mit Hilfe unserer jeweiligen Hilfsorganisationen sicherstellen müssen, dass ein Impfstoff, sobald er gefunden wurde, gerecht verteilt wird.

Eines Tages wird man auf das Ganze so zurückblicken, wie wir uns heute an die Grippepandemie von 1918 bis 1920 erinnern, und man fragt sich, ob die heutige Pandemie irgendwann einfach wieder verschwinden wird. Vielleicht wird es Mutationen geben, und wie bei der Grippe werden wir jedes Jahr eine neue Impfdosis benötigen, oder vielleicht müssen wir einfach nur lernen, mit dieser Krankheit zu leben. Nun da sich die Wissensgemeinschaft nicht länger im Panikmodus befindet, ist es durchaus vorstellbar, dass trotz der Pandemie, die zweifelsohne Menschenleben gefordert hat, nach wie vor eine durchschnittliche Lebenserwartung von über 80 Jahren erreicht wird.

Ja, wir müssen vielleicht nur lernen, mit der Pandemie zu leben!

Lord Richard Balfe

United Kingdom

S&D (1979-2002)

EPP-ED (2002-2004)

richard.balfe111@gmail.com

EP to Campus Programme

Der MFR und die nächste Generation EU: Eine Geschichte des Timings

Ich hatte die Gelegenheit, am 6. Oktober 2020 am „Colorado European Union Center of Excellence“ (CEUCE) der Universität von Colorado Boulder einen Gastvortrag zu halten. Mein Vortrag mit dem Titel „Der Mehrjährige Finanzrahmen und das Aufbauinstrument der EU – eine Frage des Timings“ gab den Studenten einen Einblick in die Rolle des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) und die bislang im politischen Geschehen der EU noch nicht dagewesene Vereinbarung über das Aufbauinstrument der Europäischen Union, auch NextGenerationEU genannt.

Ich erläuterte den politischen Charakter der Haushaltsverhandlungen und wie sie im Laufe der Jahrzehnte immer mehr politisch aufgeladen wurden – die Auswirkungen der EU-Erweiterung und der WTO-Regeln auf die Eigenmittel des MFR und seine Bedeutung für das Kräftegleichgewicht zwischen den EU-Organen sowie die zunehmende Komplexität durch den Übergang von der EU der 15 zur EU der 28 bzw. demnächst zur EU der 27. Darüber hinaus habe ich auch aufgezeigt, wie sich der MFR von den Staatshaushalten unterscheidet und welche Bereiche von den EU-Finzen abgedeckt werden.

Neben den Inhalten des MFR erläuterte ich den Verhandlungsprozess, der mit dem ursprünglichen Vorschlag von 2018 begann und schließlich im ersten Quartal 2020 erstmal in Stocken geriet. Ich bin dann auf die Gründe für die Blockade und die Entscheidung, den Vorschlag aufgrund der COVID-19-Pandemie abzuändern, sowie auf den dringenden Handlungsbedarf eingegangen. Schließlich habe ich die Studenten über den im Europäischen Rat unter dem deutschen Vorsitz erzielten Kompromiss und den aktuellen Stand der Verhandlungen unterrichtet.

Die NextGenerationEU als wirtschaftlicher Impuls, indem neue Mittel zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung und der Einheit Europas bereitgestellt wurden, war der Auslöser für eine Reihe von Fragen aus, wie die Mittel auf die beiden Instrumente, den MFR und die NextGenerationEU, verteilt, und wie sie verwaltet und kontrolliert werden.

Abgesehen vom EU-Haushalt befasste ich mich auch mit den disruptiven Veränderungen des politischen Klimas, was die Unterstützung des doppelten Wandels anbelangt, der Hinwendung zu einer ökologisch nachhaltigen Lebensweise und der Digitalisierung als Ausweg aus der Krise, damit sich die EU mit hochmodernen Lösungen an der Spitze des Wettbewerbs behaupten kann und gleichzeitig künftigen Generationen ihr Recht auf eine bewohnbare Erde zuerkannt wird.

Schließlich teile ich mit den Anwesenden die Bedenken, wie sie viele von uns geltend machen, ob nicht mit der neuen Vereinbarung die demokratische Kontrolle geschwächt wird, ob sie mit der Rechtsstaatlichkeit verknüpft werden kann und ob die bislang international ausgerichteten Programme angesichts der jüngsten Forderungen nach strategischer Autonomie weiterhin für Drittländer offenbleiben werden.

Die meisten Fragen des Publikums betrafen die Bedingungen im Hinblick auf die Rechtsstaatlichkeit und das Instrument NextGenerationEU. Natürlich habe ich versucht, die Rechtsstaatdebatte sowohl aus der Perspektive des Rates und des Europäischen Parlaments als auch aus der Perspektive der Mitgliedstaaten zu erklären, da beide Seiten von dem Vorschlag betroffen sind und auch beide für den Vorschlag eintreten.

Es war mir eine Freude, zu sehen, dass die Zuhörer interessiert waren und über die EU bereits recht gut Bescheid wussten. Darin spiegeln sich die Bemühungen des CEUCE und des Teams unter Leitung von Felicia Martinez wider, die Sichtweise der EU in Colorado bekannt zu machen, weshalb diese Einrichtung auch schon seit vielen Jahren ein Partner des VEM ist. Ich würde mir eine fruchtbare Fortsetzung dieser Beziehungen wünschen, damit unsere transatlantischen Bindungen durch zwischenmenschliche Kontakte mithilfe des Internets gestärkt werden.

Edit Herczog

Hungary, S&D (2004-2014)

mrs.edit.herczog@gmail.com

BOOK REVIEW

Allein der Buchtitel "Ein Europäisches Gewissen" ist bereits verführerisch! Alle Europabegeisterten werden diese Biografie sehr schätzen. Sorgfältige Recherchen und klare verständliche Aussagen ergeben eine spannende Lektüre über den Menschen und Politiker Hans-Gert Pöttering sowie seine Beweggründe, für die europäische Idee zu arbeiten. Sie zeichnen an seinem Beispiel die große Bedeutung Europas für unser Leben auf. Die Autoren Michael Gehler und Marcus Gonscher verstehen es, eine Biografie zu schreiben, die gelesen und verinnerlicht werden sollte! Vielleicht auch gerade von denen, denen die große Bedeutung Europas noch nicht wirklich bewusst ist.

Der Herder-Verlag hat diese Biografie herausgegeben. Beginnend mit einem Vorwort von Donald Tusk folgen 11 Kapitel und ausführliche Hinweise auf zahlreiche Abkürzungen und Zeitzeugen sowie ergänzende Anmerkungen und ein Personenregister.

Wir alle haben Fragen an das Geschehen in unserer Welt, zu den großen Errungenschaften wie der Gründung der Europäischen Union als auch zu den vielfachen Herausforderungen, die sich intern und extern ergeben. Hier gibt Hans-Gert Pöttering individuelle Antworten. Sie kennzeichnen nicht nur die einen kleinen Schritte eines überzeugten Europäers, sondern ein großes Verständnis und Wissen um die Notwendigkeit eines solidarischen und geeinten Europas. Das „Haus der europäischen Geschichte“ initiiert durch Hans-Gert Pöttering erweist sich als Magnet der europäischen Idee.

Diese Biografie erzählt von relevanten, kulturellen sowie geschichtlichen Gegebenheiten, welche die EU zu dem gemacht, was sie heute ist. Grundlage war nicht zuletzt die Europapolitik von Konrad Adenauer und Helmut Kohl. Mit dem Gedanken „Einheit in Vielfalt“ und der Prämisse „Heimat – Vaterland – Europa“ wird betont wie wichtig es ist, den Bürger in politisches Geschehen mit einzubeziehen. Weiter beschreibt die Biografie, dass der Jurist Hans-Gert Pöttering davon überzeugt ist, dass (europäisches) Recht den Frieden sichert und sein christlicher Glaube ihn lehrt, dabei standhaft zu bleiben. Er möchte die Jugend mobilisieren und fordert sie auf auch Verantwortung für Europa zu übernehmen.

Es ist die Vielfältigkeit der persönlichen Erlebnisse, die diese Biografie füllen. Hans-Gert Pötterings Reaktionen auf Weltereignisse wie die Wiedervereinigung Deutschlands 1989 und die Sogwirkung des „wind of a change“ werden eindrucksvoll und transparent dargestellt. Das allein macht immer wieder neugierig auf nachfolgende Seiten.

Die Autoren sprechen von Hans-Gert Pötterings europäischem Gewissen oder vielmehr sehen ihn sogar als Verkörperung des europäischen Gewissens. Sie charakterisieren das eindrucksvoll in dieser Biografie.

Nach Ludger Honnefelder (*1936 Köln/Deutschland) ist jegliches Gewissen ohne Verantwortung blind. Um sich als Abgeordneter einer komplexen Aufgabe wie Europa zu stellen, bedarf es schon einer Vision, Kreativität und Unerschrockenheit.

Hans-Gert Pöttering hat sich, folgen wir den Aussagen der Biografen, seiner Verantwortung gestellt. Laut Donald Tusk trägt Hans-Gert Pöttering Europa in seinem Herzen. Und dieser Aussage wird die vorliegende Biografie in vollem Umfang gerecht.

Erschienen im Herder-Verlag

ISBN 978-3-451-38982-5

Ein europäisches Gewissen

Hans-Gert Pöttering

Michael Gehler/Marcus Gonschor

Brigitte Langenhagen

Otterndorf (Deutschland) - 23.10.2020